

NOBRAW

Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Nr. 198 Juni/Juli 1998

Stopp die Jobkiller!

Aufstehen gegen Arbeitslosigkeit

Unser Programm

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Milliarden Mark jährlich

Für 300 Milliarden können rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden.

Statt für die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen, zahlen wir Milliardensummen zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Allein die jährlichen

★ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und

Neuheitsleistungen, verlängerte Lebensarbeitszeit für die einen, erzwungenes Nichtstun für andere – auch das ein schreiender Widerspruch der Marktwirtschaft.

Aufgrund des technischen Fortschritts und bei Verteilung

★ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst
Zwischen 1992-96 sind über 500.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verleinerung der Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeits- und Dienstleistungen bleiben

★ Überführung des großen Kapitals (Banken, Konzerne, Versicherungen) in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Planung

Beim heutigen Wirtschaftssystem wird eine kleine Schicht reicher, während die Mehrheit sinkende Realöhne und Armut erfährt. Um Arbeit und gesellschaftlichen Reichtum sinnvoll einzusetzen, muß die Macht des Kapitals gebrochen werden. Dann ist eine demokratische Planung von Produktion und Verteilung im Interesse und unter Kontrolle der Beschäftigten und Verbraucher möglich.

Kosten der Arbeitslosigkeit entsprechen den Kapitalkosten für etwa eine Million Arbeitsplätze.
180 Milliarden Mark Ausgaben sowie Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben kostete 1996 die Arbeitslosigkeit (laut Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundes-

anstalt für Arbeit).
Hinzu kommt der Ausfall bei der Erwirtschaftung des Sozialprodukts 5 Millionen Arbeitslose könnten jährlich rund 435 Milliarden Mark erwirtschaften – das entspricht etwa dem Volumen des gesamten Bundeshaushalts.

produziert werden, die Gesellschaft wird nicht armer sondern reicher. Im Gegensatz zu dem, was uns die Gewerkschaftsführer glauben machen wollen, ist der Lohnausgleich bezahlbar.

liegen. Das Ergebnis sind u.a. zu große Kindergartengruppen und Schulklassen, überfüllte Unis, schlechter öffentlicher Personennahverkehr, Post, Telekom und Bahn sind seit der Privatisierung nicht besser sondern schlechter geworden, was Arbeitsbedingungen, Löhne, Ausbildungsstellen, Gebühren und Service betrifft. Die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen und Neueinstellungen, bei demokratischer Kontrolle des öffentlichen Sektors im Interesse der Nutzer und

Vom Abbau der Arbeitslosigkeit als oberste Priorität reden alle etablierten Parteien und ihre PolitikerInnen, besonders gerne in Wahlkampfzeiten. Kohl wolle die Zahl der Arbeitslosen gar bis zum Jahr 2000 halbieren – davon ist so viel zu sehen wie von den blühenden Landschaften im Osten. Auch die Phrasen der anderen etablierten PolitikerInnen sind nicht mehr wert als Kohls falsche Versprechungen. Nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst, wo die Politik direkt verantwortlich ist, wird massiver Arbeitsplatzabbau betrieben.

Man muß diese Damen- und Herren an ihren Taten messen: Zwischen 1992 und 1996 wurden im öffentlichen Dienst rund 500.000 Stellen abgebaut. Und zwar in Bund, Ländern und Gemeinden, völlig unabhängig davon, welche Parteien jeweils am Ruder sind. Der neue SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Clement erklärte den Abbau der Arbeitslosigkeit zum vorrangigen Ziel und kündigte gleichzeitig einen verschärften Sparhaushalt für 1999 an. Damit geht aber auch immer Stellenabbau im öffentlichen Dienst einher.

Rot-grüne Kürzungen

Wenn die „Sparzwänge“ angeblich wegen der politischen Rahmenbedingungen nöge sind, die in Bonn gesetzt werden, und wenn gleichzeitig auf Bundesebene ein Regierungswechsel zu rotgrün wahrscheinlich ist, warum muß dann für 1999 im rotgrün regierten größten Bundesland ein verschärfter Sparhaus-

halt angekündigt werden? Weil man gar nicht vorhat, die Rahmenbedingungen zu verändern, und etwa die Superreichen zur Kasse zu bitten.

Privatisierung ist Diebstahl

Alle etablierten Parteien haben sich den „schlinken Staat“ auf die Fahnen geschrieben. In allen Bundesländern und auf kommunaler Ebene wird privatisiert, was das Zeug hält.

Die größte Privatisierungswelle lief in der Ex-DDR über die Treuhand, eingereicht noch von der SED unter Modrow, fortgeführt unter den Fritschen von CDU und SPD. Die Treuhand betrieb den Ausverkauf zu Schleuderpreisen vor allem an die westdeutsche Wirtschaft und hinterließ verüsterte Industrielandschaften.

Auch in Westdeutschland wird auf allen Ebenen Tatortüberverkauf: Anteile an kommunale Versorgungsunternehmen verkauft, oft unter Preis, ganze Rathäuser werden verkauft und anschließend zurückgemietet. Jugendliche in GrubHs umgewandelt und als „Dienstleistungs“ zu steigenden Gebühren angeblich.

Privatisierung ist Diebstahl an öffentlichen Eigentümern. Die Leidtragenden sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ebenso wie die Nutznie-

nen sind arbeitslos, während es zu große Gruppen, kurze Öffnungszeiten und ansteigende Gebühren gibt.

Bei der Abfallentsorgung: Private bereichern sich am Müllgeschäft und die Gebühren steigen drastisch an.

Bei Schwimmbädern, Bibliotheken, Museen und Kulturrichtungen: bei schlechterer personeller Ausstattung werden Gebühren und Eintrittsgelder immer teurer, wenn die Einrichtungen nicht ganz geschlossen werden.

Arbeitszeit verkürzen

Sie sparen auf unsere Kosten – sparen wir uns ihre Politik. Der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit beginnt mit der Verteidigung der vorhandenen Arbeitsplätze, auch im öffentlichen Dienst. Hier sind auch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, vor allem die ÖTV gefordert, die dem Personalabbau bisher nichts entgegenzusetzen (siehe auch Artikel Seite 5).

Bei Einführung der 30-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich könnten hunderttausende neue Stellen geschaffen werden. Ebenso durch ein öffentliches Investitionsprogramm in den dringend notwendigen Bereichen: Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung, Soziales (siehe nebenstehenden Kasten).

Dafür müssen wir selbst aktiv werden und eine starke politische Interessensvertretung aufbauen: eine neue sozialistische Arbeiterpartei!

Mein zum EUROpa der Banken und Konzerne

Gespensterdebatte um Lohnnebenkosten

Kostensenkungen brachten keine neuen Jobs



Im Gesundheitswesen tragen inzwischen die Versicherten rund zwei Drittel der Aufwendungen, durch Krankenkassenbeitrag plus Selbstbeteiligung, die Arbeitgeber nur noch ein Drittel.

Alle etablierten Parteien lassen sich auf die angebliche Notwendigkeit der Senkung von Lohnnebenkosten ein. Im verschleienden Politiker-Jargon heißt das: der „Faktor Arbeit“ solle entlastet werden. Hier freut sich womöglich der Arbeitnehmer zu früh in der irigen Annahme, er solle entlastet werden. Gemeint ist: Er soll als Kostenfaktor für den Unternehmer billiger werden.

Angela Bankert, Köln
Losgetreten wurde die Debatte durch Horrorzahlen aus dem Unternehmenslager von angeblich rund 80 Prozent Lohnnebenkosten. Das schreckte die willfährigen Politiker auf, allzeit bereit, dem notleidenden Unternehmen am stehenden „Standort Deutschland“ Erleichterung zu verschaffen.

Falsche Zahlen
Auf schwindende Höhen bei den Lohnnebenkosten kommen die Unternehmer durch geschwindelte Berechnungen. Gehaltsbestandteile wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Überstundenzuschläge, 13 Monatsgehalt, u.ä. erklären die Unternehmer ebenfalls zu „Lohnnebenkosten“. Sie rechnen diese norma-

nen Gehaltsbestandteile die letzten Gehaltsbestandteile die letzten 80 Prozent.
Selbst wenn man nur den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung betrachtet, dann zählt dieser der Unternehmer keineswegs aus seiner privaten Schatulle. Denn alles wird aus der Wertschöpfung des Unternehmens finanziert, die niemand anders erarbeitet als die Arbeitnehmer. Es geht also bei den Nebenkosten ebenso wie beim Lohn darum: wieviel holen wir uns von dem zurück, was wir ohne ihn erarbeiten. Und da eine Arbeitskraft nicht nur Geld zum (Über)leben braucht, sondern auch mal krank ist, alt wird und – in diesem System – arbeitslos werden kann, gehören die Aufwendungen für soziale Vorsorge mit zu den Kosten der Beschäftigung einer Arbeitskraft.

Mehr Jobs?

Unternehmer und etablierte Politiker behaupten, durch Entlastungen der Arbeitnehmer

Die Abgabenlast der Arbeitnehmer

Berechnungen der Arbeiterkammer Bremen zur Abgaben-Belastung eines durchschnittlichen 4 Personen-Haushalts in Westdeutschland (Einpersonen-Haushalte sind noch stärker belastet):

- 13 % Lohnsteuer
- 21,1% Sozialversicherung
- 12,9% indirekte Steuern

(Mehrwert- und sonstige Verbrauchssteuern, dieser Wert schwankt im Einzelfall natürlich je nach Verbrauchsgewohnheiten)

47% insgesamt

also 100, was zusätzlich einen statistischen Effekt ergibt: Demnächst bezogen ergeben die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung plus die herausgerech-

sung des „Faktors Arbeit“ würden neue Jobs entstehen, weil die Unternehmer dann ihre Kosten senken können. Aber Kostensenkungen für

Unternehmer hat es in den letzten Jahren massiv gegeben.

Von Lohnnebenkosten entlastet haben sich die Unternehmer schon, zum Beispiel durch Umwandlung von versicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnissen in millionenfacheversicherungsfreie

DM-Beschäftigungsverhältnisse, in Leiharbeit oder Scheinselbständigkeit.
Hinzu kommen: Nominal- und Reallohnsenkungen, Wegfall von Überstunden- und sonstige Zuschläge durch Flexibilisierung und Arbeitszeitkonten, Einfrieren bzw. Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, unbezahlte Mehrarbeit – das alles hat die Arbeitskraft verbilligt. Wenn die Unternehmer solche Bestandteile schon als Lohnnebenkosten einrechnen, dann hat es auch bereits massive Senkungen gegeben.

Hinzu kommen die Kostensenkungen durch zahllose Steuerergüsse der Kohlrregierung an die Unternehmer, durch Lohnkostenzuschüsse vom Arbeitsamt.
Dennoch stieg und steigt die Zahl der Arbeitslosen ständig. Die ganze Debatte, daß eine Senkung der Lohnnebenkosten zu zusätzlichen Jobs führen würde, ist heuchlerisch: es führt nur zur Umwandlung von Normaljobs in ungeschützte und Billiglöhner-Arbeitsverhältnisse, schafft aber per Saldo keine zusätzlichen Jobs.

Arbeitnehmer zahlen drauf

Aber sinken mit einer Verringerung der Lohnnebenkosten nicht auch für Arbeitnehmer die Abgaben? Darauf kann man nur mit Radio Ertwan antworten: Im Prinzip ja, aber dem Arbeitnehmer werden diese Einsparungen mit der anderen Hand wieder genommen. Zum einen, weil die Senkung der Lohnnebenkosten durch Verbrauchsteuererhöhung ausgeglichen werden soll, und zum anderen durch vermehrte Selbstbeteiligung. Was nützt es,

unser Standpunkt

Nein zum EURO

Das Abenteuer Europäische Währungsunion (EWU) soll ab 1. Januar 1999 mit elf Teilnehmerstaaten starten. Wir lehnen den EURO ab. Nicht aus nationalen Gründen, denn wir stehen für Internationalismus und grenzüberschreitenden Kampf, und uns ist egal, wie ein Geldschein bedruckt ist. Wir lehnen das Projekt Euro aus sozialen Gründen ab, weil es als Instrument für den Sozialabbau benutzt wird und ein Mittel der Kapitalbesitzer ist, den Konkurrenzkampf der ArbeitnehmerInnen über Ländergrenzen hinweg zu verschärfen. Löhne, Gehälter, Sozialleistungen, Arbeitszeiten: die jeweils schlechteren Bedingungen werden als kleinster gemeinsamer Nenner herangezogen. Die Kohlegierung bezeichnet schon heute die Senkung von Einkommen- und Lebensstandard als wegen der Währungsunion unausweichlich. Wenn es nicht gelingt, den Widerstand dagegen international zu organisieren, werden die rechtsextremen Rattenfänger davon profitieren.

Der Versuch, eine gemeinsame Währung auf kapitalistischer Grundlage einzuführen, kann nur in größten politischen und sozialen Turbulenzen enden.

Das Gezerre bei EU-Gipfel um den Zentralbankvorsitz offenbart ein Grunddilemma der EWU: Auf der Ebene der Währungs- und Geldpolitik wird der Nationalstaat quasi aufgehoben; auf der Ebene der Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und allgemeinen Politik existiert er weiter. Aus dieser Zwitterstellung ergibt sich vielfältiger Sprengstoff. Im Unterschied zu anderen internationalen Reservewährungen steht eben hinter dem Euro nicht ein starker Nationalstaat (wie hinter dem US-Dollar oder früher, zu Zeiten des britischen Imperiums, das Pfund). Elf Nationalstaaten mit konkurrierenden wirtschaftlichen Interessen (Standortpolitik), verschiedenen innenpolitischen Situationen, unterschiedlicher realwirtschaftlicher Lage sollen in das gemeinsame Korsett einer einheitlichen Währung und Geldpolitik gezwängt werden. Größere Krisen und Konflikte, besonders im Gefolge einer bevorstehenden weltwirtschaftlichen Rezession, können die EWU jederzeit auseinanderpressen, mit erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Folgen.

Nur ein sozialistisches Europa, in dem die Macht der Banken und Konzerne gebrochen ist, kann den sozialen und demokratischen Interessen der Bevölkerung gerecht werden.

wenn zwar der Beitrag zur Krankenkasse etwas sinkt, der Versicherte dafür aber immer mehr an Zuzahlungen leisten muß? Was nützt es, wenn zwar der Beitrag zur Rentenversicherung stabil bleibt, dafür aber die Rentenleistungen demnach gekürzt werden, daß der Versicherte zusätzlich zur privaten Altersvorsorge genötigt wird?

Im Gesundheitswesen tragen inzwischen die Versicherten rund 2/3 der Aufwendungen, durch Krankenkassenbeitrag plus Selbstbeteiligung, die Arbeitgeber nur noch ein Drittel. Die Pflegeversicherung zahlen wir ohnehin allein, da die Arbeitgeber dafür einen Feiertag haben streichen lassen. Das Prinzip der 50/50-Kostenteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist längst durchbro-

chen.

Es geht also bei der ganzen Debatte um die Senkung der Kosten für Unternehmer, um einen weiteren Schub Richtung Billigarbeit. Der Einspareffekt für Arbeitnehmer wird durch andere Maßnahmen wieder aufgehoben. Insgesamt geht es um eine weitere Verschiebung der Kosten für gesellschaftlich notwendige Daseinsvorsorge für Alter, Krankheit etc. auf die Masse.

Dieses System will sich nur noch allzeit gesunde, nie alternde Billiglöhnerarbeit leisten, die sich im Fall von Arbeitslosigkeit an die Suppenküchen wenden. Wie lange wollen wir uns dieses System noch leisten?

Wählen allein reicht nicht - neue Arbeiterpartei aufbauen!

Der Wahlauftritt der SAV zur Bundestagswahl 1998

16 Jahre Kohl-Regierung waren 16 Jahre Politik für die Reichen und Superreichen und gegen die Masse der Bevölkerung. Am 27. September muß Kohl abgewählt werden. Aber eine SPD-geführte Regierung wird da weiternmachen, wo Kohl auftritt. Denn Schröder orientiert seine Politik an den Interessen der Kapitalbesitzer, und nicht der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen.

Die Konzerne und Banken haben ihre Gewinne seit 1980 mehr als verdoppelt. Nach Angaben der Bundesbank erzielen sie 1996 771,4 Milliarden DM Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien ist bereit, die Umverteilung der letzten Jahre rückgängig zu machen, sich mit den Banken und Konzernen anzulegen und ihre Macht zu brechen. Auch Grüne und PDS haben sich mit der Marktwirtschaft abgefunden, die Grünen sind zur Öko-FDP geworden, die PDS paßt sich immer mehr der SPD an. Deshalb muß eine neue Arbeiterpartei aufgetaut werden, die sich konsequent für die ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und RentnerInnen einsetzt.

Wir haben mit dem Aufbau der Sozialistischen Alternative (SAV) einen ersten Schritt dazu gemacht. Jeder und jede ist aufgerufen, bei uns mitzumachen.

Zu den Bundestagswahlen kandidiert die SAV in Köln, Stuttgart, Aachen, Siegen und Freiburg für ein Direktmandat (Erststimme), um eine politische Alternative anzubieten. Die Erststimme für die SAV ist eine Stimme

gegen die Umverteilung zugunsten der Reichen, gegen den EURO und das Europa der Banken und Konzerne.

Kampf von deutschen und ausländischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen, für das Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen

gegen die etablierten Parteien und für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei,

für ArbeiterkandidatInnen, die im Bundestag nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn annehmen, anstatt sich durch steigende Diäten selbst zu bereichern.

Mit der Zweitstimme muß Kohl abgewählt werden. Die SAV empfiehlt hier eine Stimmabgabe zugunsten der PDS

sowie in den ostdeutschen Wahlkreisen, in denen die PDS die Mehrheit erringen kann, die Erststimme der PDS zu geben. Die PDS ist die einzige etablierte Partei mit sozialistischem Anspruch. Auch wenn sie diesem in der Praxis nicht gerecht wird, würde ein Wiedererzug der PDS in den Bundestag deutlich machen, daß linke Ideen Unterstützung finden und wäre ein Schlag gegen die Hetzpropaganda der Herrschenden.

Doch: Wählen allein reicht nicht! Nur wenn alle von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit Betroffenen beginnen, sich massenhaft zur Wehr zu setzen, wird sich etwas ändern. Wir brauchen nicht nur eine andere Regierung, nicht nur eine andere Politik, sondern auch eine andere Gesellschaft. Wir wollen wieder eine Diktatur des Marktes noch eine Diktatur von Staatsbürokraten. Die SAV tritt für eine sozialistische Demokratie ein, in der die Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Menschen und nicht des Profits Weniger organisiert ist, in der die Wirtschaft demokratisch geplant wird. Die erste Wahl für alle, die selbst aktiv werden wollen, heißt deshalb: SAV-Mitglied werden.

Die Reichen sollen zahlen

Das Steuerprogramm der SAV

Die Umverteilung der Kohlenregierung zugunsten der Unternehmen und Superreichen ist ganz wesentlich über die Steuerpolitik gelaufen. Wäre der Anteil der Unternehmensteuern am gesamten Steueraufkommen noch der gleiche wie 1980, dann hätte der Staat 100 Milliarden DM mehr in den Kassen - jährlich! (Berechnung des Wirtschaftswissenschaftlers und Sozialinstituts WSI) Die entgangenen Einnahmen durch Steuerflucht ins Ausland schätzt das Finanzministerium NRW auf 50 Milliarden DM jährlich allein für NRW.

Angela Bankert, SAV-Bundesleitung

Von den steuerlichen Gesamteinnahmen in Höhe von 814,3 Milliarden Mark (1995) machen den Löwenanteil die Lohn- und Massenverbrauchssteuern mit 625,4 Milliarden DM aus, die den Unternehmen und oberen Einkommensklassen zuzurechnenden Steuern dagegen nur noch 113,6 Milliarden Mark.

Viele Großbetriebe haben sich vom Steuerzahlen ganz verabschiedet: zum Beispiel Daimler, Siemens, Allianz Kleinrentner, Selbständige, Spitzenverdiener, die zur „veranlagten Einkommensteuer“ herangezogen werden, zahlen ebenfalls kaum noch Steuern. Die Einnahmen aus dieser Steuerart sanken bundesweit von 42 Milliarden

(1991) auf 5,8 Milliarden DM (1997). Hier wurden u. a. Sonderabschreibungen genutzt (besonders für „Investitionen“ in Ostdeutschland), mit denen man sich am rechnen kann.

Den Spitzensteuersatz von derzeit 53 Prozent - den CDU, FDP, SPD und Grüne so dringlich senken wollen - zahlt kaum jemand. Die tatsächliche Belastung liegt bei nicht mehr als durchschnittlich 26 Prozent (laut DGB).

SPD und Grüne wollen die Vermögenssteuer zum Teil wieder einführen, aber nur auf private, nicht auf betriebliche Vermögen. Dies ist in der Praxis unmöglich, da Unternehmen und Selbständige ihre privaten Vermögenswerte legal und problemlos auf den Betrieb überschreiben können. Warum wollen SPD und Grüne eigentlich nicht alle Steuergeschenke der Kohlenregierung an die Reichen rückgängig machen? Dann wären die Kassen voll - auch nach einem „Kassensturz“, den beide Parteien als Hintertürchen zur Streichung von Vorhaben offenhalten.

Neben der Umverteilung durch Steuererleichterungen und Schlupflöcher gab es auch eine massive Verlagerung von der direkten Steuer (einkommensbezogen) zur indirekten Steuer (verbrauchsbezogen). Dies ist ebenfalls eine Umverteilung zugunsten der Reichen und Großverdiener, denen eine ein-

paar Mark mehr bei Verbrauchs-gütern nicht so zu Buche schlagen. Im Preis für ein halbes Pfund Butter steckt für den Milcherzeuger und den Sozialhilfeempfänger die gleiche Mehrwertsteuer. Indirekte Steuern belasten die Masse stärker; nur direkte Steuern können an der individuellen Einkommenslage ansetzen.

Direkte Besteuerung

Die einzig halbwegs gerechten Steuern sind solche, die an Einkommen, Gewinn und Vermögen orientiert sind, also am tatsächlichen materiellen Standard des Steuerpflichtigen. Nötig ist die Umschichtung der Steuerentnahmen weg von den indirekten Massenverbrauchssteuern hin zu direkten Steuern, die Abschaffung aller Vergünstigungen und Schlupflöcher.

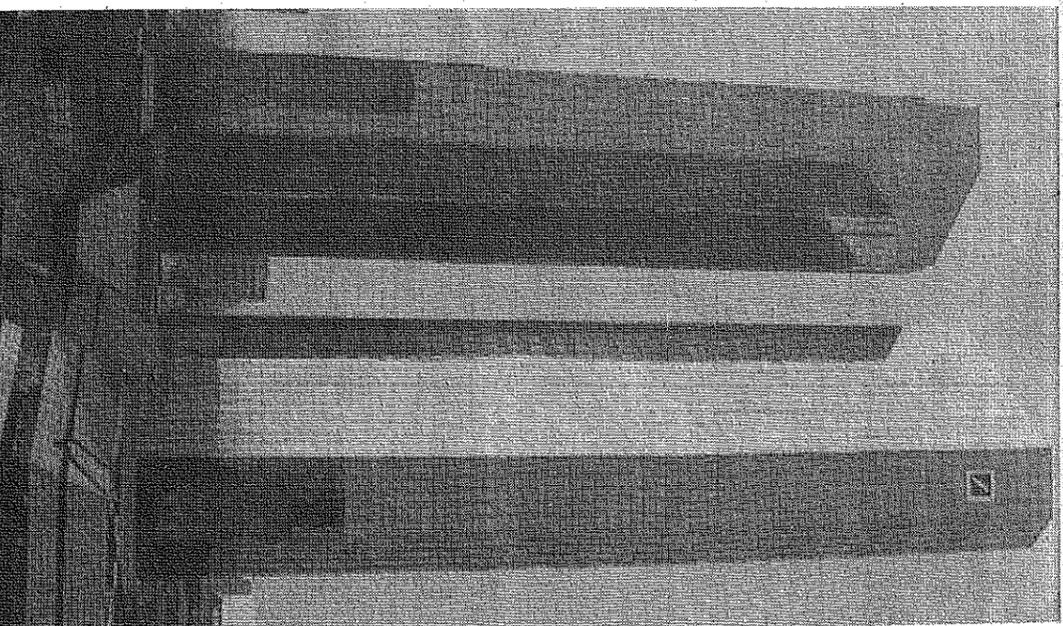
Die SAV tritt für Abschaffung der Massenverbrauchssteuern und für eine einfache und klare direkte Einkommensteuer ein, mit ansteigender Progression (steigendem Steuersatz) für Großverdiener.

Damit die Besteuerung von Gewinnen, großen Vermögen und Erbschaften auch wirklich greift, muß sie ebenso an der Quelle erhoben werden, wie dies heute bei den Lohnsteuerzahlern geschieht. Die Lohnsteuer wird direkt (an der Quelle) vom Einkommen abgezogen, die Einkommen- und Gewinnsteuern

haben einen viel größeren Anteil vom Einkommen aus als bei Großverdienern. Wer wenig Einkommen hat, bekommt auch weniger Ausgleich durch Senkung der Sozialabgaben, weil diese einkommensbezogen erhoben werden. Großverdiener können erhöhte Energie- und Benzinkosten leichter durch energiesparende Investitionen im Haushalt (Wärmedämmung, neue Elektrogeräte) und benzinsparende neue Autos auffangen, weil sie sich solche Anschaffungen problemlos leisten können.

Die Mineralsteuer-Erhöhung ist nicht ökologisch, weil sie nicht der Lenkung weg vom Individualverkehr hin zur Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs dient. So sollen die Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer nicht der Förderung des ÖPNV, sondern der Senkung der Lohnnebenkosten dienen. Wer als Berufsspendler wegen schlechtem öffentlichen Verkehrsangebot aufs Auto angewiesen ist, der kann auch bei 20 Pfennig mehr Kilometergeld nicht umsteigen.

Das grüne Wahlprogramm sieht in der höheren Mineralölsteuer den „notwendigen Anreiz für die Serpenproduktion des 3-Liter-Autos“, dessen Pläne ja schon länger in den Schubladen der Autokonzerne schlummern. Doch die Ökobilanz bei der Produktion von 30 Millionen neuen 3-Liter-Autos wird von Umweltverbänden negativ beurteilt, die diesen Weg grundsätzlich infrage stellen, da er zudem einen Konjunkturprogramm für die Autoindustrie gleichkommt und



Die Banken helfen mit bei Steuerflucht und legaler Steuerhinterziehung

dagegen erst nachträglich und nach durch versteuerten Arbeitnehmer heute 90 Prozent ihres tatsächlich Einkommens, Selbständige und Unternehmer dagegen nur 55 Prozent (laut Deutsches Institut der Wirtschaft). Die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer sind heute bei den Lohnsteuerzahlern direkt (an der Quelle) vom Einkommen abgezogen, die Einkommen- und Gewinnsteuern



Joschka Fischer und Jürgen Trittin beim Magdeburger Parteitag: Wenn man tatsächlich ökologisch umsteuern will, sollte man der Industrie direkt energiesparende und umweltfreundliche Produktionsverfahren vorschreiben, statt die Verbraucherinnen zu bestrafen.

nicht wegführt vom Individualverkehr. Wenn man tatsächlich ein ökologisches Umsteuern will, dann kann man nicht den indirekten Weg (der zudem nicht mal zum Ziel führt) einschlagen: nämlich

die Verbraucher bestrafen, damit die Industrie mehr für die Umwelt tut. Dann muß man direkt der Industrie energiesparende und umweltfreundliche Produktionsverfahren vorschreiben. Doch dazu ist keiner der umweltbesorgten Politik-

ker bereit, weil man sich dafür mit dem Kapital anlegen mußte. Es ist leichter, den Kleinen per Energiesteuern in die Tasche zu greifen, als sich mit Unternehmen anzulegen. ■

Ihr da oben ...



Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten in der westdeutschen Industrie sind 1997 selbst laut dem unternehmerischen Institut der deutschen Wirtschaft IW mit 3,4 Prozent so stark gesunken wie nie zuvor. Das wird die Unternehmer allerdings kaum von ihrem „Standort“-Gegenschlag abhalten.

Nettolöhne

1997 hat der Durchschnittsarbeitnehmer nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben 2700 DM netto nach Hause gebracht, errechnete das Institut der deutschen Wirtschaft. Bei Berücksichtigung der Preissteigerung sanken die Reallohne damit um 2 Prozent.

Armut

1996 bezogen 2,7 Millionen Menschen Sozialhilfe, davon 900.000 Erwerbstätige, also arbeitende Arme. Laut einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung kommen dazu weitere 2,8 Millionen, die in verdeckter Armut leben und keine staatliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Spargelstechen

Tausende Arbeitslose wurden in diesem Frühjahr von der Bundesregierung, zur Spargelente zwangsverpflichtet - für 10,60 DM Stundenlohn und eine Pauschale von 25 DM am Tag vom Bundesarbeitsministerium. Wer dies nicht akzeptierte, dem drohte eine 12wöchige Sperre des Arbeitslosengeldes.

Ungleichheit

Nach der letzten Vermögenserhebung (1993) besaßen die reichsten 10 Prozent der Haushalte knapp die Hälfte des Gesamtvermögens der Bundesrepublik, die unteren 50 Prozent der Bevölkerung mußten sich dagegen mit 2,4 Prozent bescheiden.

Dennoch behauptete Andrea Fischer, sozialpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen im Bundestag, in einem Interview mit der taz (11.5.98): „Selbst wenn man alle Milliardäre hoch besteuern würde, käme in der Summe nicht genug raus, um die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung zu lösen. Das Wesen von Reichtum ist die Ungleichheit, und die besteht darin, daß es oben nicht so viele gibt wie unten.“

Ja, das Wesen von etablierter Politik ist die Verteidigung der Ungleichheit, und die besteht darin, daß unten abgezockt und oben hintertreiben wird.



... wir hier unten

Öko-Logik bleibt auf der Strecke

Grüne Vorschläge weder ökologisch noch sozial

Seit einigen Jahren werden manche Verbrauchsbezogenen Steuern und Abgaben, besonders auf Energieverbrauch, mit dem Etikett „ökologisch“ veredelt. Angestoßen von den Grünen, haben inzwischen alle etablierten Parteien den Charme einer „Ökosteuer“ oder „ökologischen Steuerreform“ entdeckt, ermöglicht sie doch, den Griff in unsere Taschen mit Umweltschutz-Argumenten zu begründen. Spätestens seit auch Schäuble die Ökosteuer ins CDU-Wahlprogramm eingebracht hat dürfte deutlich werden, daß dies kein spezifisch grün-umweltfreundliches Vorhaben ist.

Die Steuerreformpläne der Grünen samt Energiesteuer und dem benötigten 5 DM Benzins-Beschub (der zwar mit allerlei Begleitmaßnahmen versehen ist wie: stufenweise Erhöhung über 10 Jahre, Anreiz für Produktion 3-Liter-Auto, Ausgleich durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, Abschaffung Kitz-Steuer und erhöhte Kilometerpauschale für Berufsspendler) sind weder sozial noch ökologisch.

Die Unternehmen sollen auf jeden Fall einen Ausgleich für erhöhte Energiekosten bekommen, durch Sozialabgabensenkung. Wo diese als Ausgleich nicht ausreicht, z.B. bei energiereintensiven Betrieben, verspricht das grüne Wahlprogramm „Anpassungshilfen“. Für Durchschnitts- und Kleinverdiener wird es dagegen keinen vollen Ausgleich geben. Bei ihnen ma-

chen verbrauchsbezogene Ausgaben einen viel größeren Anteil vom Einkommen aus als bei Großverdienern. Wer wenig Einkommen hat, bekommt auch weniger Ausgleich durch Senkung der Sozialabgaben, weil diese einkommensbezogen erhoben werden. Großverdiener können erhöhte Energie- und Benzinkosten leichter durch energiesparende Investitionen im Haushalt (Wärmedämmung, neue Elektrogeräte) und benzinsparende neue Autos auffangen, weil sie sich solche Anschaffungen problemlos leisten können.

Die Mineralsteuer-Erhöhung ist nicht ökologisch, weil sie nicht der Lenkung weg vom Individualverkehr hin zur Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs dient. So sollen die Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer nicht der Förderung des ÖPNV, sondern der Senkung der Lohnnebenkosten dienen. Wer als Berufsspendler wegen schlechtem öffentlichen Verkehrsangebot aufs Auto angewiesen ist, der kann auch bei 20 Pfennig mehr Kilometergeld nicht umsteigen.

Das grüne Wahlprogramm sieht in der höheren Mineralölsteuer den „notwendigen Anreiz für die Serpenproduktion des 3-Liter-Autos“, dessen Pläne ja schon länger in den Schubladen der Autokonzerne schlummern. Doch die Ökobilanz bei der Produktion von 30 Millionen neuen 3-Liter-Autos wird von Umweltverbänden negativ beurteilt, die diesen Weg grundsätzlich infrage stellen, da er zudem einen Konjunkturprogramm für die Autoindustrie gleichkommt und

Schluss den mit Minusrunden!

4. bundesweites Treffen des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ übte Kritik



Die Beschäftigten sehen Tarifrunden nicht mehr als Möglichkeit, ihre Lage zu verbessern. Immer massiver werden die Forderungen der Arbeitgeber und jedesmal gibt die ÖTV nach.

30. Kolleginnen und Kollegen waren Ende März an dem 4. bundesweiten Treffen des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ vertreten. Hauptthema der Diskussion war der gerade bekannt gewordene Schlichterspruch im Öffentlichen Dienst und das Signal von Seiten der ÖTV, dieses Ergebnis anzunehmen.

Angelika Teweleit, Kassel, ÖTV-Mitglied und im Sprecherrat des Netzwerks

Wir verabschiedeten eine Resolution, in der wir das Ergebnis ablehnen, weil es für uns unterm Strich Verschlechterungen bedeutet. Die Angleichung der Ostlöhne an Westniveau ist mit diesem Abschluss auf das Jahr 2000 verschoben worden, da sie laut Schlichterspruch bis Ende 1999 nicht neu verhandelt werden soll.

Durch die Arbeitnehmerbeteiligung an der Zusatzversorgung werden wir wieder mehr belastet. Die 1,5prozentige Lohnerhöhung ist gerade mal ein Inflationsausgleich; durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist es aber real wieder eine Minusrunde.

In der Resolution griffen wir auch die Art und Weise auf, wie die ÖTV-Führung immer wieder den Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall als große Errungenschaft verkauft. Dabei

muß klar sein, daß die Gewerkschaft hier keinen Millimeter abrücken darf.

Kein neuer Arbeitsplatz

Zu Beginn der Tarifrunde hatte die ÖTV-Führung „Beschäftigungssicherung“ in den Mittelpunkt gestellt. Alles andere sollte in den Hintergrund gedrückt werden, da die Gewerkschaften angesichts der Massenarbeitslosigkeit ein Zeichen setzen und für neue Arbeitsplätze eintreten mußten. Dies wurde als Totschlagargument gegen eine höhere Lohnforderung benutzt. Der Abschluß hat überhaupt nichts für die Beschäftigungssicherung gebracht. Die Regelung zur Alterszeit bedeutet weitere Arbeitsplatzvernichtung.

Forderungen des Netzwerks

Wir stellen fest, daß die Forderungen der ÖTV von Anfang an viel zu niedrig waren. Das „Netzwerk“ kämpft auch weiterhin dafür, daß die notwendigen Forderungen nach radikaler Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die Anhebung der unteren Lohngruppen durch monatliche Festgeldbeträge und die Angleichung der Ostlöhne an Westniveau auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Wir werden diese Forderungen auch bei der Diskussion zur nächsten

pelie stiegen (um 119%).

Statt nur an Feiertagen diese Zahlen zu veröffentlichen, müßten unsere Gewerkschaftsführer dafür mobilisieren, das Geld zurückzuholen für Arbeitsplätze und Lohnerhöhungen. Stattdessen predigen sie Bescheidenheit, wenn es in Tarifverhandlungen konkret wird, und stimmen Verschlechterungen kamptlos zu.

Wir diskutierten auf unserem Treffen auch die anstehenden Bundestagswahlen. Wir stellen fest, daß die Führungen der Gewerkschaften versuchen, uns auf die Wahlen zu verrosten, daß mit einer neuen Regierung alles besser wird. Dabei ist jetzt schon deutlich, daß auch eine SPD-geführte Regierung mit Kürzungen und Sozialabbau weitermachen wird. Stattdessen muß die Gewerkschaft eine SPD-Regierung von vornherein unter Druck setzen.

Tarifrunde offensiv einbringen, die schon im Sommer/Herbst 98 beginnt. Natürlich stellt sich die Frage, wie das bezahlt werden soll. Zum 1. Mai veröffentlichte der DGB die neuesten Zahlen zur realen Entwicklung der Verteilung des Reichtums in der Bundesrepublik. Daraus ging hervor: So lag der Nettolohn 1997 um 1 Prozent unter dem Niveau von 1980, während seit 1980 die Nettogewinne der Unternehmen um mehr als das Dop-

Termine des Netzwerks

Im Juli findet ein Regionaltreffen NRW statt. Anfragen bei:

Holger Dröge, Aachen, Tel. (0241) 40 82 15 oder Detlev Kallinich, Essen, Tel. (0201)

55 75 23. Die Netzwerkgruppe in Essen hat dem TV-Sender OK43 ein etwa einstündiges Interview gegeben.

Videos sind gegen 20 DM erhältlich. Das nächste bundesweite Treffen findet am 21.11.98 in Kassel statt. Anfragen bei:

Angelika Teweleit, Kassel, Tel. (0561) 69646

Gewerkschaften darauf reagieren?

Die Angriffe erfolgen ja meistens mit der Argumentation, den Standort Deutschland attraktiver zu machen, oder das Produkt der Firma xy besser zu verkaufen. Ich denke, da müßten die Gewerkschaften erst einmal Gegenargumentationen aufbauen, die auch einen internationalen Ansatz haben. Denn schließlich bekommen die Arbeiter in Frankreich oder bei Volvo in Schweden genau dasselbe erzählt. Die meisten Betriebsräte verstehen sich als Co-Manager oder betreiben zumindest diese Politik. Damit werden die Gewerkschaften vor den Baum gefahren.

Statt Co-Management brau-

Facharbeiterlohn für Funktionäre

Riester geht ins Schröder-Kabinett



Walter Riester

Walter Riester, stellvertretender Vorsitzender der IG Metall, will selbst bei einer Großen Koalition Arbeits- und Sozialminister werden. Riester ist im Gewerkschaftslager ein Vorreiter, wenn es darum geht, Unternehmeninteressens nachzugeben und Ausverkauf an der Gewerkschaftsbasis zu betreiben. Und wenn er erstmal den Druck der IGM-Basis los ist und im Bonner Kabinett sitzt, die Gewerkschaften machen.

Ursel Beck, Köln, IGM-Mitglied

Mit den Mitgliedsbeiträgen der Metaller hat sich Riester eine goldene Karriereleiter gebaut. Und die eigene Karriere dürfte wohl auch ein ausschlaggebendes Grund für das Überwecheln in den Ministeressel sein. Wer schon weit über 20.000 Mark im Monat verdient, der kann den Hals nicht vollkriegen. Für den ist ein Ministerposten mit einigen tausend Mark Gehaltssteigerung und einer hohen

Altersversorgung nur die logische Fortsetzung seiner persönlichen Karriere.

Es ist nicht das erste mal, daß ein Spitzenfunktionär einer Gewerkschaft in den Ministeressel wechselt. Der frühere stellvertretende Vorsitzende der Postgewerkschaft DPG, Kurt Gscheidle, wurde in der sozialliberalen Koalition der 70er Jahre Bundesverkehrs- und Postminister. Unter seiner Federführung wurde begonnen, das Postmonopol aufzuheben, der Mondschneitarif (billiges Telefonieren am Abend und Wochenende) abgeschafft und ein beschleunigter Stellenabbau bei Post und Bahn betrieben. Vor allem als Arbeitsplatzvermichter bei der Post und harter Gegner im Poststreik 1980 hat er die Wut der DPG-Basis auf sich gezogen. 1982 sah sich der Hauptvorstand der DPG gezwungen, gegen ihren ehemaligen Vorsitzenden ein Ausschlussverfahren einzuleiten. Riester wird es noch schneller als Gscheidle schaffen, die Wut der IGM-Basis auf sich zu ziehen.

Aber Wut reicht nicht. In der IGM und allen anderen Gewerkschaften muß eine Opposition aufgebaut werden, die sich zum Ziel steckt, aus den Gewerkschaften echte Kampforganisationen zu machen und Schluß macht mit Selbstbedienung und Karrieretum der Funktionäre. Hauptamtliche Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als das Durchschnittseinkommen der in der Gewerkschaft organisierten Mitglieder, sonst heben sie ab und vertreten unsere Interessen nicht mehr.

1500 DM Mindestlohn für Auszubildende

Telekom hat das Ziel, 80 Milliarden Umsatz unter anderem durch Abbau von mindestens 60.000 Arbeitsplätzen zu machen. Geld ist bei diesen Unternehmen eigentlich nicht das Problem. Es ist genug da zum Beispiel für mehr Ausbildungsplätze - meint unsere Autorin Alexandra Arnsburg, Auszubildende der Telekom in Berlin, im Gespräch mit einer Kollegin.

Hallo, Katharina. Du machst zur Zeit eine Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation bei der Telekom. Bist Du zufrieden damit? Nein. Vor allem weil es zu wenig Geld gibt und kaum eine Chance auf Übernahme. Ich bekomme rund 800 DM im Monat. Davon sind Miete und alle anderen Kosten zu zahlen, für mich und meinen Freund, der auf dem Bau als Zimmermann gearbeitet hat. Für dreieinhalb Monate hat er keinen Lohn bekommen, obwohl er schon für 10 Mark brutto in der Stunde arbeitete. Der Chef der kleinen Firma meinte, er hätte auch kein Geld.

Was habt ihr dagegen unternommen? In der Firma sind nur sieben Leute beschäftigt. Die sind nicht in der Gewerkschaft. Die Leute haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie den Mund aufmachen.

Ist Dein Freund jetzt noch dort beschäftigt? Nein, er bekam eine rechtswidrige Kündigung, während er krank war. Dagegen haben wir

beim Arbeitsgericht geklagt, aber die Befristung ist auslaufen. Es fehlen aber immer noch 1500 Mark. Wenn man noch Forderungen beim alten Arbeitgeber offen hat, bekommt man kein Arbeitslosengeld. Wie kommt ihr jetzt klar? Mit Jobben und einem Haufen Schulden. Was müßte sich ändern? Erstmal müßte die IG Bau auch die Beschäftigten in den kleineren Unternehmen organisieren und für ihre Rechte eintreten, damit die sich wehren können. Dann sind 800 DM für Azubis zu wenig, da ja doch viele schon alleine klar kommen müssen. Dafür wäre es auch nötig zum Beispiel bei der JAV aktiv zu werden um zu verhindern, daß die Gewerkschaftsbürokraten wieder unsere Ausbildungsvergütungen auf Eis legen. Ja. Deshalb möchte ich jetzt zu den JAV-Wahlen antreten, um mich für Azubis einsetzen zu können und für ein besseres Programm der DGB-Jugend kämpfen zu können. Was würdest Du fordern? Ein Mindestlohn von 1500 DM. Kleidergeld auch für Azubis kaufmännischer Berufe. Im T-Punkt sollen wir ja auch korrekt gekleidet sein. Außerdem mehr Ausbildungsplätze. 30 Plätze bei der Telekom Berlin sind nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein.



NPD und JN setzen an der Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg an und lenken von deren Ursachen ab.

NPD und JN

Die NPD baute sich in den letzten Jahren zur führenden Kraft des faschistischen Spektrums aus. Gerade in Ostdeutschland schaffte sie es, komplette verbotene faschistische Strukturen wie die FAP oder die Nationalistische Front (FN) aufzubauen. Der sächsische Landesverband dürfte mittlerweile bei ca. 1000 Mitgliedern liegen, bei 3500 Mitgliedern bundesweit. Die Bundeszentrale der JN, ihrer Jugendorganisation, ist nach Dresden verlegt worden.

NPD und JN versuchen nach außen hin durch disziplinierte Aufmärsche zu glänzen und stellen zunehmend soziale Themen in den Vordergrund. Ihr Hauptstlogan der letzten zwei Jahre lautet: „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“. In ihrem Programm zieht die NPD allerdings andere Seiten als auf der Straße an. Dort „... bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichtetem Unternehmertum.“ Sie greift nicht in geringstem Maße den Kapitalismus in seinem Kern an. Zum anderen hat gerade die JN viele militante Neonazis rekrutiert, zunehmend auch aus dem zuvor nicht organisierten Neonazispektrum.

Ein Beispiel dafür ist die Stadt Wurzen, unweit von Leipzig. Dort ist JN und NPD ein erfolgreicher Einbruch in die unorganisierte rechte Szene gelungen. Überfälle auf Ausländer und politische Gegner sind auf der Tagesordnung. Die NPD organisierte die wichtigsten rechtsextremen Aufmärsche: 1997 in München gegen die Wehrmachtausstellung, ebenso 1998 in Dresden und schließlich die Kundgebung am 1. Mai 1998 in Leipzig. Häufige Aufmärsche oder rechtstradikale Konzerte sind eine Notwendigkeit, um die militante Naziszene bei der Stange zu halten.

Ingmar, Dresden



Multimillionär und Mietspekulant Frey spielt sich als Vertreter der Kleinen Leute auf.

Was steckt hinter der DVU?

Unumschränkter Führer der Partei ist der Münchner Millionär Gerhard Frey, Spieß einer nationalkonservativen Kaufmannsfamilie. Er finanziert die Kampagnen der DVU, ist Herausgeber der Heftblätter „Deutsche Nationalzeitung“ und „Deutsche Wochenzeitung“, handelt mit faschistischer Literatur und zeigt als Immobilienhai sein wahrhaft „menschenfreundliches“ Gesicht.

Zu seinen guten Freunden zählen Reinhard Gehlen, der nach 1945 den Bundesnachrichtendienst (BND) aufbaute und vor 1945 aktiv im Nazi-Geheimsdienst war. Bei juristischen Problemen stand Dr. Theodor Mannz als Helfer bereit, qualifiziert durch eine lückenhafte Karriere als NS-Staatsrechtler; bayerischer Kultusminister und bundesweit führender Verfassungsrechtler (Mitverfasser des Grundgesetzkommentars Mannz-Dühing). Hier zeigt sich beispielhaft die enge Verbindung des bürgerlich-konservativen Lagers mit den Faschisten. Auch nach dem Tod dieser guten Freunde hat Gerhard Frey beste Verbindungen vor allem zur CSU, für deren Politik oftmals Parolen der DVU Pare standen. Deshalb hat Frey auch angekindigt, bei den bayrischen Landtagswahlen nicht gegen die CSU anzutreten.

Die DVU ist nur eine faschistische Partei in Deutschland neben NPD, Republikanern u.a. Trotz immer wiederkehrender Rivalitäten um die Führungsrolle sind diese Parteien miteinander verbunden.

Kontakte zu „gehörnten Ausländern“ wie Haider aus Österreich, LePen aus Frankreich, Fred Leuchter USA und Schirinowski aus Russland bestehen ebenso wie zu den faschistischen Schlägern in Deutschland, von denen sich die feinen Herren wie Frey aus taktischen Gründen des öfteren öffentlich distanzieren, sie intern aber umso überschwenglicher feiern.

Kristian, Köln

Stoppt Nazis und Rassisten!

Der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt, der Aufmarsch von 4000 Neonazis am 1. Mai in Leipzig, das drastische Anwachsen von faschistischen Gewalttaten – die Gefahr von Rechts wächst. Aber wie können die Faschisten und Rassisten gestoppt werden?

Kristian, Köln

Im Kampf gegen Rechts ist kein Verlaß auf Polizei, Justiz (siehe Versammlungsausschluß für die NPD in Leipzig durch das Bundesverwaltungsgericht), CDU, FDP oder SPD.

Nur ein gemeinsames Vorgehen von ArbeitnehmerInnen, ImmigrantInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen kann die Rechten stoppen.

Symbolische Demos können zwar deutlich machen, daß eine Mehrheit gegen die Faschisten ist, beeindruckt sind diese davon aber kaum. Um das Treiben der Nazis zu beenden, müssen sie an ihren Aufmärschen, Versammlungen und Aktionen gehindert werden.

Die SAV tritt für eine breite Massenmobilisierung aller antifaschistischen Kräfte ein. Durch direktes Engagestellen und mit allen notwendigen Mitteln müssen Naziaktionen verhindert werden.

Keine Demokratie für Nazis

Die Faschisten sind Feinde demokratischer Rechte, widererkennen sie die Rechte ihrer Opfer noch die ihrer Gegner an.

Großbritannien: Studis gegen Blair Direkte Aktionen und Boykott-Kampagne

Daniel Behruzi befragte Jude Ritchie, Bundesorganisator der Kampagne „safe free education“.

Wie ist die Situation für Studierende in Britannien nach dem Wahlsieg von New Labour?

Nur sechs Wochen nach Tony Blairs Wahlsieg gab er Maßnahmen bekannt, die letztlich das Ende einer allgemeinen kostenlosen Bildung in Britannien bedeuten würden.

Wahrscheinlich werden sie diesen Monat im Parlament ein Gesetz beschließen, das Studierende von bis zu 1000 Pfund im Jahr und die Abschaffung der staatlichen Zuschüsse für Studierende vorstelt. In der Praxis bedeutet das, daß Studierende, die keine reichen Eltern haben, gezwungen sein werden, sich das Geld zu leihen, das sie für ihr Studium brauchen. Sogar offizielle Quellen schätzen, daß Studierende ein dreijähriges Hochschulstudium mit Schulden von bis zu 20.000 Pfund abschließen werden.

Was für eine Organisation ist „safe free education“ und was tut sie gegen die Angriffe der Regierung auf die Studierenden?

Organisierte direkte Aktion ist die Methode von safe free education. Nur wenn wir eine Massenbewegung von Studierenden

Sobald sie die Macht haben, schaffen sie alle demokratische Grundrechte ab, wie unter Hitler oder Mussolini geschehen. Darum ist ihnen kein Demonstrations- oder Veranstaltungsrecht zu gewähren. Nirgendwo ist formaler Legalismus unangebracht als gegenüber Nazis - Hitler ist schließlich auch formal legal an die Macht gekommen.

Die SAV ist für das Recht auf Selbstverteidigung. Die Polizei hat zu oft bewiesen, daß sie kein Schutz vor faschistischer Gewalt ist. Darum müssen wir unsere Verteidigung in die eigenen Hände nehmen. Dies kann auf Demos ein eigener, gut ausgerüsteter Ordnungsdienst sein oder Nachbarschaftswachen, wie es sie z. B. in Asylbewerberheimen 1992-94 oft gab.

Wenn man eines aus der Mächtergreifung der NSDAP 1933 lernen muß dann, daß es unbedingt notwendig ist, den Nazis und ihren Mitläufern ihre Grenzen aufzuzeigen. Hitler selber sagte: „Nur eines hätte unsere Bewegung stoppen können – wenn unsere Gegner unser Prinzip verstanden hätten und vom ersten Tag den Kern unserer Bewegung mit aller Brutalität bekämpft hätten.“

Doch vor 1933 fehlte in der Arbeiterbewegung die notwendige Einsicht und Einheit. KPD und SPD bekämpften sich mehr gegenseitig als daß sie die Faschisten bekämpft hätten.

Doch entscheidend ist, daß im gemeinsamen Kampf deutscher und ausländischer Arbeitnehmer für ihre gemeinsamen Interessen gegen den gemeinsamen Geg-

ner, die Unternehmer, die rassistische Spaltung überwunden werden kann. Dazu muß den Faschisten auch der politische Boden entzogen werden. Die Scheinantworten der Nazis müssen offenbart und die Verantwortlichen für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot müssen entlarvt werden. Der Kampf gegen die Kapitalisten und ihr Profitstreben muß deshalb ein Teil des antifaschistischen Kampfes sein.

Die SAV in Aktion

Im Berliner Stadtteil Treptow nimmt die Gefahr durch Nazis und Rassisten immer weiter zu. Brutale Überfälle auf Ausländer und linke Jugendliche sind mittlerweile an der Tagesordnung.

Eine neue Qualität erreichte der Terror durch das versuchte Bombenattentat auf ein Mitglied der PDS im Winter 97. Geplant wurde der feige Mordversuch von Mitgliedern der „Kameradschaft Treptow“, diese ist die größte organisierte Faschistenbande in Treptow.

Deshalb ergriff die SAV Treptow/Köpenick Ende 97 die Initiative zum Aufbau eines „Bündnis gegen Rechts“. Doch die Mehrheit des im März gegründeten Bündnisses wollte auch die gestiegenen Brandstifter von CDU und FDP in ihre Reihen aufnehmen. Sie sind mit ihrer Politik des staatlichen Rassismus, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben schuld am wachsenden Rechtsextremismus.

Als schließlich zu einer Podiumsdiskussion auch ein Vertreter des Landeskriminalamtes eingeladen wurde, erklärte die SAV Treptow/Köpenick ihren Austritt aus dem Bündnis. Wir lehnen jegliches Vertrauen in den Staatsschutz ab, zumal allzu oft bei rechten Aufmärschen die Neonazis beschützt werden und die antifaschistischen Demonstrationen verfolgt werden. Trotzdem werden wir auch weiterhin alle sinnvollen Aktionen des Bündnisses unterstützen und in unserem politischen Engagement gegen die faschistische Bedrohung nicht locker lassen. So mobilisieren wir zur Zeit für ein Demonstration in unserem Bezirk, um die Nazis zurückzudrängen. Und mit der Gründung von antifaschistischen Aktionskomitees könnten dauerhafte Instrumente gegen die Faschisten aufgebaut werden.

Christiane, SAV Berlin Treptow/Köpenick

Das Bildungsprogramm der Sozialistischen Alternative – SAV

Hochschulen

- ★ Rücknahme der HRG-Novelle
- ★ Keine Privatisierung von Hochschulen, nein zu Sponsoring, keine Einführung von Wirtschaftsberatern
- ★ Keine Studiengebühren
- ★ Keine Zwangsexamtrikulation
- ★ Als ersten Schritt Verbesserung der Studienbedingungen durch bessere Ausstattung der Hochschulen bzw. Neubau von Hochschulen (zum Vergleich: allein in NRW wurden zwischen 1970 und 1978 6 neue Hochschulen eingetichtet) und Neueinstellung von Lehrkräften die Verdopplung des Bildungsetats auf 30 Mrd. jährlich.
- ★ Einführung einer elternunabhängigen sozialen Grundschulerung für Studierende von 1.500 DM monatlich.
- ★ Nein zu allen Hochschulzugangsbeschränkungen
- ★ Festschreibung des allgemeinpoltischen Mandats für Studierendenvertretungen
- ★ Wahl einer paritätisch besetzten Hochschulleitung durch Studierende und Hochschulangestellte aus ihrer Mitte

Schulen

- ★ Rücknahme der Abiturverscharfungen der letzten 15 Jahre
- ★ Massive Erhöhung des Bildungsetats auch für Schulen
- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen
- ★ Senkung der Klassenstärke auf 15 SchülerInnen
- ★ Schulleitungen und Festlegung der Lehrinhalte durch SchülerInnenvertreterInnen, Eltern und LehrervertreterInnen
- ★ Einführung einer elternunabhängigen Grundschulerung für alle SchülerInnen ab 18 Jahre von 1500 DM im Monat

Ausbildung

- ★ Einen guten und qualifizierten Ausbildungsplatz für jeden mit garantierter unbefristeter Übernahme
- ★ Einführung einer Ausbildungsabgabe aller Unternehmen
- ★ Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ Ausbildung unter demokratischer Kontrolle der Azubis, Gewerkschaft und des Staates



Jude Ritchie, nationaler Organisator von „safe free education“.

und SchülerInnen auf die Beine stellen, können wir die Regierung zum Rückzug zwingen. Dieses Jahr haben wir einige Erfolge erzielen können: eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmern und ein Streik von fast zwei Millionen Studierenden, zu dem die offizielle Studierenden-gewerkschaft aufgerufen hatte.

Wie geht es weiter und was gedenkt ihr als nächstes zu tun?

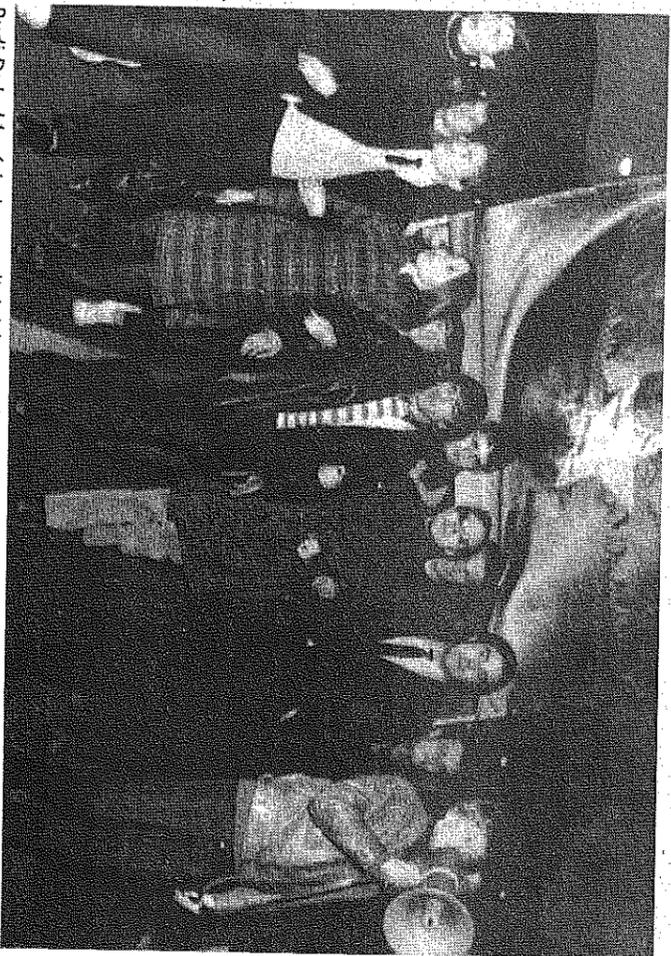
Zur Zeit diskutieren wir die Möglichkeit einer Boykott-Kampagne gegen die Einführung von Studiengebühren.

1968

Intermarzio Fächerneib

1968 – Studierenderevolute in Deutschland: Für manche heute nur ein melancholischer Rückblick: Lange Haare, Schlaghosen, Ablehnung aller Autoritäten und Institutionen, atemberaubende Diskussionen in verrauchten Cafés, Kampf um Freiheit und Demokratie. Was daraus wurde: aus Revolutionären wurden etablierte Akademiker, aus Hippies wurden Juppies, zynische Ex- und Altlinke sprechen abfällig von ihren „Jugend“ sünden.

Georg Kimmel und Kim Opgenooht, Köln



Rudi Dutschke (viertel von links) bei Studierendenprotesten. Im Februar 68 schrieb die Bild-Zeitung: „Stopp den Terror der Jung-Roten jetzt“ mit einem großen Foto von Rudi Dutschke. Kurz darauf wurde er bei einem Attentat schwer verletzt und starb 1979 an den Spätfolgen.

So sicher, daß diese Revolte verpuffen sollte, waren sich die Herrschenden damals nicht.

Die 68er Bewegung, die einem internationalen Flächenbrand gleichkam, fand ganz unerwartet vor dem Hintergrund des Nachkriegsaufschwungs statt. Während die Wirtschaft boomte, waren die politischen Verhältnisse von Stillstand und Reaktion gekennzeichnet. Seit 1966 gab es eine große Koalition in Westdeutschland. Eine Folge war, daß die Nazis wieder in Parlamen einzogen. Im November 1967 erreichte die NPD bei Landtagswahlen 7,9 Prozent. In der Bundesrepublik hatte es

nach dem II. Weltkrieg keine Abrechnung mit dem Faschismus gegeben. Altnazis durften führende Positionen in Justiz, Bundeswehr, Politik und Wirtschaft bekleiden.

International brachte der Vietnamkrieg vor allem Jugendliche in Opposition zum US-Imperialismus.

Die Welt war geprägt vom Systemwettrüsten und Wettüsten zwischen Ost und West. Die Atmosphäre des „Kalten Krieges“ war bis ins Alltagsleben vorgebracht. Seit 6 Jahren stand in Deutschland eine Mauer. Antikommunistische Propaganda wurde von SPD und CDU ver-

breitet und bestimmte die Stimmung in breiten Teilen der Öffentlichkeit.

Weltweit gab es Unruhen und Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat. Überall stand die Jugend an vorderster Front.

Revolution

Mai 68 in Frankreich: In den Straßen werden Barrikaden aufgebaut. Nach den Kämpfen der Studierenden treten 10 Millionen Arbeiter in den Streik und besetzen ihre Betriebe. Kurzzeitig liegt die Macht auf der Straße, bevor die Unternehmer und ihr Staatsapparat wieder die Ober-

hand gewinnen. Ihre Rettung war, daß die Arbeiterführer einschließlich der Kommunisten vor einer sozialen Revolution zurückschreckten.

Der Prager Frühling in der CSSR weckte Hoffnungen bei Millionen im Westen. Könnte man einen freieren, demokratischen Sozialismus erreichen? Auch in den westlichen Staaten wurde im Laufe der Bewegung das ganze System in Frage gestellt. Kriege, Unterdrückung und Faschismus angeprangert. Die brutale Reaktion der Sicherheitskräfte öffnete vielen die Augen. Der Kapitalismus ließ nur das Maß an „Demokratie“ zu, das ihm nicht gefährlich wird. Da in den Ostblockstaaten „nebenan“ eine reale Systemalternative zum Kapitalismus existierte, standen die Herrschenden von vornherein unter einem immensen Druck.

Politisierung

Die 68er Bewegung wurde jüngst wieder als eine politische Bewegung voller Ideen und Ideale der „unpolitischen“ Studentenbewegung der 90er gegentübergestellt.

Die Politisierung entstand auch damals nicht von heute auf morgen. Eine Allensbach-Umfrage im Winter 1966/67 über die grundsätzliche Einstellung von Studierenden hatte ergeben, daß sie „konformistisch, apolitisch, vergnügnungs- und karriereorientiert“ sind. „Umso größer war die Überraschung als sich diese Jugend im Laufe der Ereignisse schnell radikalisierte.“

Bei Studentenprotesten in Berlin gegen den Staatsbesuch des reaktionären Schahs von Persien knüpfte die Polizei brutal auf die Demonstranten ein. Der Student Benno Ohnesorg wurde von einem Polizisten erschossen.

Die Bildzeitung titelte am nächsten Tag „Blutige Krawalle: ein Toter!“, daneben ein Foto von einem verletzten Polizisten. Im Kleingedruckten stand nur zu lesen, daß ein junger Mann in Berlin gestorben war. Auf einer spontan einberufenen Versammlung in einem Hörsaal wird die Entfaschisierung der Polizei,

der Verbot von Staatsempfängen für Diktatoren und die Enteignung des Springer-Konzerns gefordert.

Über 10.000 Demonstrantinnen nehmen an Begräbnis von Benno Ohnesorg teil. Das organisierende und politische Zentrum der Bewegung war der SDS (Sozialistischer deutscher Studentenbund). Er bestand aus verschiedenen sozialistischen und antikapitalistischen Strömungen.

Bis 1967 zählte er nicht mehr als 1.500 Mitglieder, seine politische Sprengkraft entwickelte er, weil er die gesellschaftlichen Verhältnisse einer radikalen Kritik unterzog.

Auch die SchülerInnen werden in die Bewegung hineingezogen. In 26 Städten gründete sich 1967 ein Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler, das AUSS. Diese machten später durch militante und erfolgreiche Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen auf sich aufmerksam.

Hetze

Am 11. April 1968 wird der Studentführer Rudi Dutschke angeschossen. Für das Attentat an Rudi Dutschke am 11. April ist in den Augen der meisten Studierenden die Springer-Pressense mit ihrer Hetze gegen linke Studenten verantwortlich. Spontan protestieren 2000 Studierende vor der Springer-Zentrale in West-Berlin. Über 60.000 nehmen in den nächsten Tagen in ganz West-Deutschland an Blockaden gegen die Auslieferung zu den schwersten Straßenschlachten in Deutschland seit der Weimarer Republik. Es gibt zwei Tote in München und 400 Schwerverletzte.

Gegen

Notstandsgesetze

Der Protest gegen die Notstandsgesetze richtete sich gegen die Einschränkung demokratischer Grundrechte und den möglichen Einsatz von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr für den Straßenkampf.

ben.

Uruguay: In Montevideo wird wegen Studentenunruhen der Ausnahmezustand verhängt. Hunderttausende nehmen an Begräbnis eines erschossenen Studenten teil.

Türkei: Die Universitäten in Ankara und Istanbul werden besetzt. Es kommt zu blutigen Straßenkämpfen.

Mexiko: Nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei in den Sommermonaten schwillt die protestierenden Masse der Schüler und Studierenden im Herbst zu einer halben Million an.

Da die olympischen Spiele in diesem Jahr in Mexiko stattfinden sollen, besetzen Armeeeinheiten Hochschulen und Universitäten. 5000 Soldaten schließen mit Maschinengewehren in die Menge, 300 Panzer werden aufgeführt. Das Massaker endet mit 500 Toten „zur Herstellung von Ruhe und Ordnung für die olympische Bewegung der Jugend aus aller Welt.“

Fall der „Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.“ Gemeint waren innere Unruhen und auch politische Streiks, falls „die verfassungsmäßige Ordnung gefährdet“ wäre.

Anlässlich der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Mai kam es in ganz West-Deutschland zu regionalen und lokalen Demonstrationen und Warnstreiks, an denen 80.000 Menschen teilnahmen.

Eine Aktionseinheit von Arbeitern und Studierenden blieb damals in ihren Ansätzen stecken. Die Verantwortung dafür muß man der damaligen Führung der Arbeiterbewegung in Gewerkschaften und SPD geben. Die Führer der Studentenevolute waren zwar auch nicht ganz unentschuldig, da sie sich mit ihren abstrakten und trotz ihren „antiautoritären Anspruch“ teilweise selbstgefälligen und autoritären Ansprüchen selbst isolierten. Sie waren damals mehrheitlich Angehörige einer bessergestellten Schicht aus „gutem Hause“. 300.000 Studierende gab es 1967, verglichen zu 1,9 Millionen heute. Die Isolation wurde aber von Medien, etablierten Parteien und auch dem DGB massiv vorangetrieben.

Im Februar 1968 versuchte der Senat vergeblich, eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg zu verbieten. 12.000 Menschen, unter ihnen auch SPD-Mitglieder, die im Anschluss an den „Internationaler Vietnamkongress“ an der TU Berlin demonstrierten, forderten eine Desertationskampagne von US-Soldaten und die Zerschlagung der NATO.

Der Berliner Senat, DGB und Springer-Konzern organisierten einige Tage später eine Gegenkundgebung unter dem Motto „Für Frieden und Freiheit“. Stündlich wurde im Radio dazu aufgerufen. Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hatten frei bekommen. Die im Vorfeld von Springer und Co. aufgebauete Pogromstimmung gegen Langhaarige, Studenten und Intellektuelle wirkte. Das Ergebnis war auf dieser Demonstration zu sehen. Vierzig „Verdächtige“ wurden zusammengeschlagen.

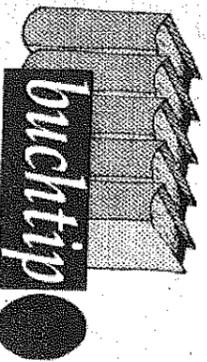
Ein junger Arbeiter, der Ähnlichkeit mit Rudi Dutschke hatte, mußte fliehen. Auf der Demonstration wurden selbstgemalte Schilder hochgehalten mit Aufschriften wie: „Raus mit den Roten“, „Bauarbeiter seid lieb und nett, jagt Dutschke und Konsorten weg“ oder „Bei Adolf wäre das nicht passiert.“

Mit den Stimmen von CDU und SPD wurden die Notstandsgesetze beschlossen.

Auswirkungen

Trotz dieser Niederlage hatte die Bewegung weitreichende Auswirkungen und war Vorläufer für die spätere sozialen Bewegungen. Neokolonialismus und Befreiungskrieg wurden thematisiert, durch die Universitäten fegte ein frischer Wind gegen den „Muff von tausend Jahren unter den Talaren“, neue Lebensformen außerhalb der Kleinfamilie wurden ausprobiert. Das vielleicht wichtigste Ergebnis war, daß eine neue Generation intensiv Möglichkeiten einer Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftssystem diskutierte.

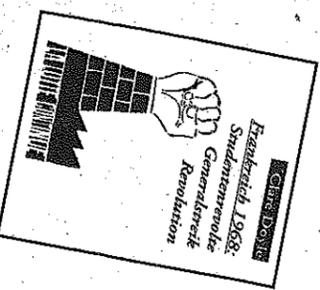
Die Jusos wurden nach links gedrängt. 300.000 Jugendliche traten in die SPD ein und bilde-



Mai 68

Monat der Revolution

Buch von Clare Doyle über die revolutionären Ereignisse in Frankreich im Frühjahr 1968.



Mai 1968: In Frankreich springt der Funke der Studierendenbewegung auf die ArbeiterInnen und Arbeiter über. 10 Millionen ArbeiterInnen legen die Arbeit nieder. Betriebe werden besetzt. Frauen, Männer, Jugendliche,

RentnerInnen und AusländerInnen diskutieren in jenem Mai über eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und entwickeln Ideen, wie das Leben frei und solidarisches organisiert werden kann. Die alten Machthaber sehen ihr Ende nahen. Für einige Tage liegt die Macht auf der Straße...

Clare Doyle ist Mitglied der internationalen Führung des Komitees für eine ArbeiterInnenationale. Sie hat Frankreich 1968 und viele Male später besucht. Ihr Buch ist eine lebendige Darstellung und eine marxistische Analyse vom Aufstieg und Fall der revolutionären Bewegung.

Auf allen Kontinenten

Zwar gab es nur selten direkte internationale Verbindungen und Aktionsbindnisse, aber die wechselseitige Beeinflussung war offensichtlich. Hier nur einige Beispiele:

Im Mai 1968 gibt es Unbesetzungen, Straßenschlachten in nahezu allen Erdteilen der Welt, hervorzuheben sind: Genf, Wien, Mailand, Rom, Belgrad, Madrid, London, Essex, Ankara, Istanbul, New York, Buenos Aires, Tucuman, Rio de Janeiro und Tokio.

Japan: Als der US-Flugzeugträger „Enterprise“ aus dem Golf von Tonkin vor Vietnam an der Küste von Sasebo erwartet wird, greifen 1000 Studenten mit Bauarbeitern und Stöcken polizeibarrakaden trotz permanenter Tränengasbeschleimung zunächst erfolgreich an. Sie werden später aber eingekesselt und einer nach dem anderen bewußtlos geschlagen. Daraufhin bewirft die anfränglich reservierte Bevölkerung die Polizei mit

Revolution

Prager Frühling

Die Juso diskutierten nicht mehr, ob der Kapitalismus abgeschafft werden müßte, sondern nur noch, wie er abgeschafft werden könne. Die SPD-Führung sah sich genötigt, Anfang der 70er ein Langzeitprogramm vorzulegen, mit dem Ziel den „demokratischen Sozialismus“ bis 1985 verwirklicht zu haben! Bei einem Teil der Aktivisten aus der 68er Bewegung führte die unmittelbare Niederlage aber zu der Schlußfolgerung, nur mit individuellem Terror etwas erreichen zu können. Die Arbeiterklasse wurde abgeschrieben, stattdessen sollten frei nach Mao oder auch Che Guevara die Guerrilla-Taktik auf die Stadt übertragen werden. Diese Ideen führten u.a. zu der Entwicklung der RAF. Andere organisierten sich in „K-Gruppen“, die keine kritische Abgrenzung zum Stalinismus betrieben und entweder China- oder Moskau-hörig wurden.

Die dritte Richtung, die vornehmlich von Jusos eingeschlagen wurde, war der Reformismus: über einen langsameren Weg und die Erkämpfung von Reformen sollte der Kapitalismus abgeschafft werden. Diese Idee vom „Marsch durch die Institutionen“ des Staates brachte etliche Linke dazu, den Marsch durch die Institutionen in einen Weg umzufunktionieren, ihre persönliche Karriere zu fördern.

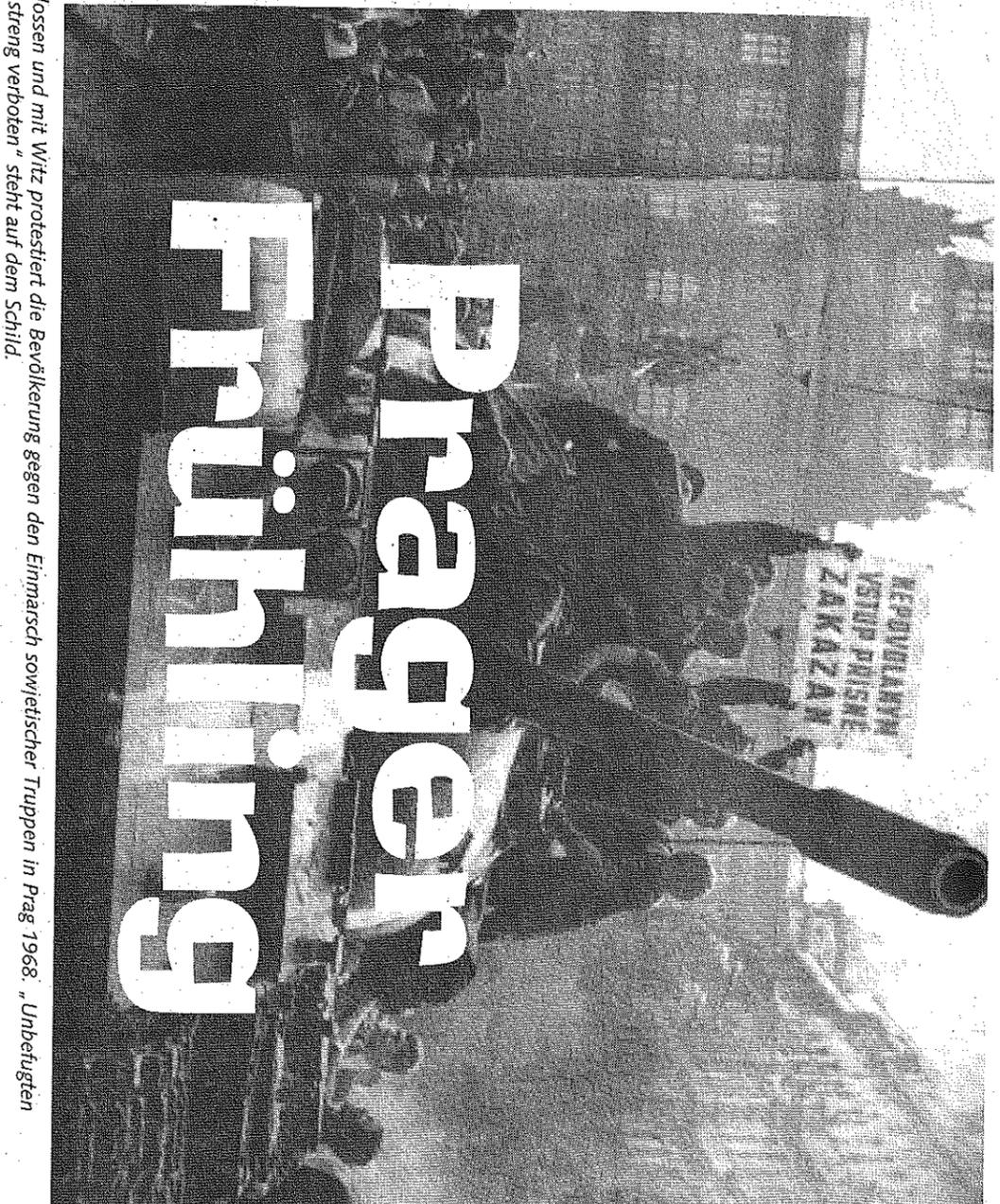
Alle drei Wege sind gescheitert. Der Kapitalismus ist nach wie vor an der Macht. Erkämpfte Verbesserungen wurden und werden rückgängig gemacht. Die äußeren Studienbedingungen, sind heute schlechter als 1968. Wenn Jugendliche und Studenten auf die Straße gehen, um

Geld für Bildung zu fordern oder gegen Nazi-Aufmärsche zu protestieren, sehen sie sich den gleichen Polizeiknüppeln gegenüber, sobald die Protestformen den Rahmen von Schweigemarische verlassen. Wenn gar wie jüngst in Indonesien die bestehende Herrschaft in Frage gestellt wird, reagiert die Staatsmacht mit äüßester Brutalität, einschließlich Todesschüssen auf Demonstranten.

Lehren

Eine wirkliche und dauerhafte Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kann nur mit einem klaren antikapitalistischen Programm erreicht werden, welches sich auch historisch von den stalinistischen Diktaturen im Osten abgrenzt. Die Kräfte, die in Millionen Unzufriedenen in Europa, Universitäten, Schulen, Bewegungen und sozialen Bereichen steckt, muß in einer neuen Partei ihren politischen und organisatorischen Ausdruck finden. Diese Partei muß von Anfang an demokratisch aufgebaut werden. Ihre Funktionäre müssen jederzeit abwählbar und rechenschaftspflichtig sein, und dürfen nicht mehr verdienen als die, die sie vertreten.

Der Unmut über soziale Ungerechtigkeit und Bildungsnotstand, Profimaximierung bei gleichzeitiger Vergrößerung des Arbeitslosenheeres und Perspektivlosigkeit für die Jugend wird sich einen Weg bahnen. Diese Bewegungen werden an der Tradition des Mai 68 anknüpfen und die Lehren von damals in die kommenden Kämpfe mit einfließen lassen.



Prager Frühling
„Prager Frühling“ – unter diesem Namen sind die Ereignisse in der damaligen Tschechoslowakei (CSSR) im Jahre 1968 in die Geschichte eingegangen: Tatsächlich wurde die ganze Gesellschaft im Laufe des Jahres von einer nie dagewesenen Aufbruchstimmung erfaßt. Der Wunsch nach Veränderung, die Hoffnung auf einen Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“ waren die treibende Kraft der Bewegung. Auch wenn heute die stalinistische Herrschaft zusammengebrochen ist und in der ehemaligen CSSR wieder der Kapitalismus regiert, können wir aus dem „Prager Frühling“ lernen.

„Prager Frühling“ – unter diesem Namen sind die Ereignisse in der damaligen Tschechoslowakei (CSSR) im Jahre 1968 in die Geschichte eingegangen: Tatsächlich wurde die ganze Gesellschaft im Laufe des Jahres von einer nie dagewesenen Aufbruchstimmung erfaßt. Der Wunsch nach Veränderung, die Hoffnung auf einen Sozialismus mit „menschlichem Antlitz“ waren die treibende Kraft der Bewegung. Auch wenn heute die stalinistische Herrschaft zusammengebrochen ist und in der ehemaligen CSSR wieder der Kapitalismus regiert, können wir aus dem „Prager Frühling“ lernen.

In der CSSR war nach 1945 ebenso wie in der DDR und den osteuropäischen Ländern der Kapitalismus abgeschafft und das Profitsystem durch eine Planwirtschaft ersetzt worden. Die Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft erfolgte aber nicht demokratisch, durch gewählte Vertreter, sondern durch eine privilegierte Bürokratie ganz nach dem Vorbild der stalinistischen Sowjetunion. Mit den gleichen Folgen für die Wirtschaft.

Unabdingbare Voraussetzung in einer geplanten Wirtschaft sind demokratische Diskussion, Freiheit der Kritik, um Fehler und Fehlentwicklungen nennen und korrigieren zu können, Eigeninitiative und selbständiges Denken und Handeln. Ständesystem wurde im stalinistischen System zentral kommandiert, Entscheidungen liefen nur von oben nach unten, Kritik wurde als „konterrevolutionär“ verurteilt.

Zunächst konnten trotz dieser bürokratischen Hemmnisse beachtliche wirtschaftliche und soziale Fortschritte erreicht werden. Aber bereits in der Mitte der 60er Jahre entwickelte sich in der CSSR eine ernste wirtschaftliche Krise.

Liberalisierung

Im Oktober 1967 machten viele Prager StudentInnen ihrer Unzufriedenheit über die wirtschaftliche und politische Lage in einer Demonstration Luft. Die Polizei ging mit großer Brutalität gegen die StudentInnen vor, mit dem Effekt, daß die Bevölkerung Partei für die Sache der Jugend nahm. Die wirtschaftliche und die

sich anbahnende gesellschaftliche Krise führte zur Bildung zweier Lager: in der herrschenden Bürokratie: Eine Betonfraktion, die auf hartes Durchgreifen setzte und im übrigen die Probleme aussitzen wollte. Die Reformner dagegen setzten auf Veränderungen, freilich nur solche Veränderungen, die nach Art und Umfang ihre eigene Macht und ihre Privilegien nicht in Frage stellen durften.

Doch selbst um diese beschränkten Reformen – im Wesentlichen eine dezentralere Wirtschaftsstruktur und mehr Kompetenzen für die einzelnen Unternehmen und deren Direktoren – gegen den Betonflügel durchzusetzen, galt es die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Dazu wurde die Medienzensur gelockert und eine begrenzte Liberalisierung in Politik und Kultur angekündigt.

Doch die Bevölkerung nahm die begrenzten Reformvorschläge und die begrenzte Öffnung zum Anlaß, eine Diskussion und eine Bewegung für echte Veränderungen zu beginnen. Die Gesellschaft erwachte zu politischem Leben. Ab Mitte März waren die meisten Zeitungen schon früh morgens ausverkauft. Forderungen nach Lohn-erhöhungen wurden laut. Neben die wirtschaftlichen Forderungen traten sehr schnell politische: Gehaltsforderungen für Funktionäre und Aufhebung ihrer Privilegien wurden verlangt. Eine Diskussion, wie Wirtschaft und Gesellschaft demokratischer und effektiver organisiert werden könnten, kam in Gang, zum Beispiel wie die Fabriken durch gewählte Arbeiterräte geleitet werden könnten. Ansätze zu solchen Räten und Delegierten-Treffen von Arbeitern gab es in verschiedenen Fabriken. In der freieren Atmosphäre des „Prager Frühlings“ erblühten Ideen, Vorstellungen und Visionen einer sozialistischen Gesellschaft, die diesen Namen verdient.

Panzer rollen

Die Machthaber in anderen Ostblockstaaten registrierten diese Entwicklung mit Schrecken. Sie sorgten sich, die Vorgänge könnten ansteckend auf die Arbeiterklasse bei ihnen zu Hause wirken. Auch dem Reformflügel unter ihrem prominenten Vertreter, Alexander Dubcek, ging die Bewegung längst viel zu weit. Sie tiefen zur „Mäßigung“ auf

und versuchen, den gesellschaftlichen Ausbruch wieder in sichere Bahnen zu leiten.

Doch die Machthaber in Moskau wollten nicht länger abwarten und gaben den Befehl zum Angriff. In der Nacht zum 21. August 1968 marschieren sowjetische Truppen in die CSSR ein. Unterstützt von Truppenverbänden aus der DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien besetzen sie alle größere Städte und ersetzen die Regierung und Partei-führung durch gefügigere Organe.

Widerstand

Die Bevölkerung reagiert mit massenhaften und phantasierevollem Widerstand. Am Tag nach dem Einmarsch kommt es zu Demonstrationen. Die Bevölkerung appelliert in Flugblättern, auf Plakaten, in Sprechchören und persönlichen Gesprächen an die Besatzungstruppen und erklärt ihnen ihr Anliegen.

Die Soldaten sind verunsichert – ihnen war erzählt worden, in der CSSR müsse eine faschistische Konterrevolution verhindert werden. Einzelne Truppenteile verbünden sich und müssen ausgetauscht werden. Der Widerstand geht weiter: Mit angeblüht defekten Lokomotiven werden Schienenstrecken blockiert, Wegweiser an den Fernstraßen werden über Nacht abmontiert.

Viele Straßenschilder durch Tafeln mit der Aufschrift „Dubcek statt“ ersetzt. Weil Dubcek den Reformprozeß eingeleitet hatte und jetzt von den Besatzern verhaftet und nach Moskau verfrachtet worden war, geriet er Ansehen und Autorität innerhalb der Bevölkerung. Die sowjetischen Machthaber erkannten, daß sie diese Schlacht militärisch nicht gewinnen konnten.

Was jetzt geschah erscheint zunächst unverständlich: Die Reformner mit Dubcek an der Spitze kehren am 27. August als freie Leute nach Prag zurück. Es sieht wie ein Sieg aus, auch wenn die Besatzungstruppen noch da sind. Doch die Heimkehrer verlangen von der Bevölkerung ein Ende der Demonstrationen gegen die Sowjetunion. Am 31. August kündigt Dubcek die Wiedereröffnung der Pressezensur an. Die sowjetischen Machthaber setzten Dubcek und seine Autorität ein, um die Bewegung zu zerschlagen. Und Dubcek fügte sich dem Druck aus Moskau und spielte

die ihm zugeordnete Rolle mit. Nachdem er diese Aufgabe erfüllt hatte, wurde Dubcek 1969 entmachtet und 1970 aus der Staatspartei ausgeschlossen.

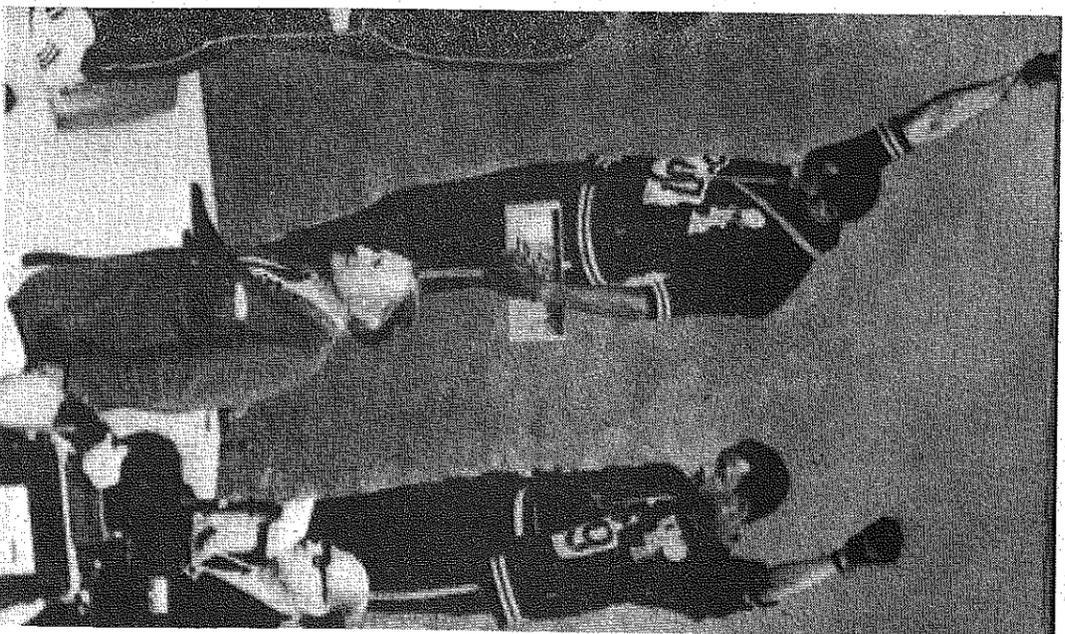
Lehren

Ähnlich wie im Westen beschränkte sich die Bewegung nicht auf einzelne Forderungen, sondern stellte die bestehenden Machtverhältnisse grundlegend in Frage. Das gab der Bewegung ihre Dynamik und Sprengkraft. Der Wunsch und die Aussicht auf eine andere, auf eine bessere Gesellschaft, auf einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, begeisterte die Menschen und weckte ungeahnte Kräfte.

Die Vielfalt an neuen Ideen in der Politik ebenso wie in Kunst und Kultur, die sich innerhalb weniger Monate entwickelten, die Solidarität und der Einfallsreichtum im Widerstand gegen die Besatzer, widerlegten die Pessimisten, die die Menschen für prinzipiell schlecht und für den Sozialismus ungeeignet halten.

Der Stalinismus hat bewiesen, daß die Existenz einer privilegierten Schicht mit einer demokratisch organisierten Gesellschaft unvereinbar ist. Dagegen kann die CSSR 1968 nicht als Beweis dafür herhalten, daß es prinzipiell keine funktionierende demokratische Alternative zum Kapitalismus geben könne. Die Bevölkerung der CSSR wollte 1968 keineswegs zurück zu den alten kapitalistischen Verhältnissen.

Die Forderung lautete nicht, die Wirtschaft zu privatisieren, sondern sie zu demokratisieren. Die Erfahrung hatte eindringlich gezeigt, daß eine geplante Wirtschaft nur funktionieren kann, wenn sie demokratisch organisiert wird. Der „Prager Frühling“ konnte von der Sowjetunion gewaltsam beendet werden. Dabei kam ihnen der Umstand zur Hilfe, daß die Bevölkerung radikal auftretende Reformner wie Dubcek hatte. Sie wurden bitter enttäuscht. Eine Lehre daraus gilt auch noch heute: Im Kampf für unsere Interessen können wir uns niemals auf Parteien oder Personen verlassen, die politisch die bestehende Gesellschaft akzeptieren und materiell davon profitieren.



Olympiade 1968 in Mexico-City: Nach Unruhen in den Schwarzenvierteln der USA gegen die rassistische Politik gehen die Proteste weiter. Medaillengewinner zeigen bei der Siegerehrung die erhobene Faust mit dem schwarzen Handschuh, den Groß der „Black Panther Party“. Daraufhin wurden sie von der Olympia-Mannschaft ausgeschlossen.

Indonesien in Aufruhr

Der Sturz Suhartos ist erst der Beginn

In den letzten Monaten wird Indonesien – 200 Millionen Menschen auf rund 13.600 Inseln – von den Auswirkungen der Krise in Südostasien geschüttelt. Die Währung wurde um rund 80 Prozent abgewertet, das Sozialprodukt schrumpft in diesem Jahr um voraussichtlich 15 Prozent.

Der Leidtragende ist natürlich nicht Suharto, der mit seinem Familienclan die gesamte Wirtschaft dominiert (Suharto rangiert unter den 10 reichsten Menschen der Welt), sondern sind die Millionen ArbeiterInnen, StudentInnen und Armen, die sich einer Verelendung der Preise von Grundnahrungsmitteln wie Reis gegenübersehen. Aus der sozialen Protestbewegung der Studierenden ist eine politische geworden, die zunehmend auf alle Teile der Bevölkerung übergreift.

Ein Reportage aus Indonesien von Anna Schneider, vom Komitee für eine Arbeiterinternationale

Indonesien galt lange als Wachstumsmarkt. In den 70er Jahren lagen die Zuwachsraten bei knapp 8 Prozent pro Jahr, in den 80er Jahren immerhin noch bei 5,5 Prozent. Auch in den 90er Jahren konnten noch satte Profite eingefahren werden, allerdings nun bei einer gleichzeitig stark ansteigenden Auslandsverschuldung.

Die Krise in Südostasien stürzte das Land nun in eine tiefe Wirtschaftskrise – die Exporte gingen drastisch zurück, 90 Prozent der Fabrikkapazitäten liegen brach, Millionen IndonesierInnen verlieren ihren Arbeitsplatz. Das offizielle Pro-Kopf-Einkommen ist von 1200 auf 750 US-Dollar gesunken. Andere Quellen sprechen gar von 300 US-Dollar. Aufgrund der „schiefen“ Einkommensverteilung – wenige Reiche stehen vielen Armen gegenüber – müssen die meisten allerdings rund 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) stellt Indonesien ein „großzügiges“ Hilfspaket, also Kredite, in Höhe von 43 Milliarden Dollar zur Verfügung. Allerdings nur im Gegenzug zu „Reformen“. Konkret fordert der IWF, daß die Subventionen z. B. für Benzin – 60 Prozent der Indonesier sind auf Mopeds angewiesen, um zur Arbeit zu fahren – aber auch für Grundnahrungsmittel gesenkt bzw. abgeschafft werden, daß Bauprojekte gestoppt und die Monopole, die von Familienmitgliedern des Suharto-Clans gehalten werden, aufgelöst werden.

Die organisierte politische Opposition ist nach wie vor relativ schwach. Die beiden zentralen Figuren der bürgerlichen Opposition, Megawati Sukarnoputri, die Tochter des ersten Präsidenten Sukarno, und Amien Rais (Führer der 28 Millionen Mitglieder starken Moslem-Organisation) bieten keine grundlegenden Alternativen, sondern wären Garantien für ein kapitalistisches Indonesien.

Die linke Opposition, die sich vor allem in der PRD und ihren Vorfeldorganisation u. a. für ArbeiterInnen, StudentInnen, Bauern, Arme organisiert hat, wird nach wie vor verfolgt. Die PRD

Dem IWF geht es nicht um das Wohl der Menschen in Indonesien oder um „Demokratie“. Tatsache ist, daß die imperialistischen Staaten den Diktator Suharto jahrzehntelang unterstützt haben, solange er ein stabiles Regime für ihre Investitionen bot. Das sich dies geändert hat, wollen IWF und USA einen

selbst wurde 1996 verboten.

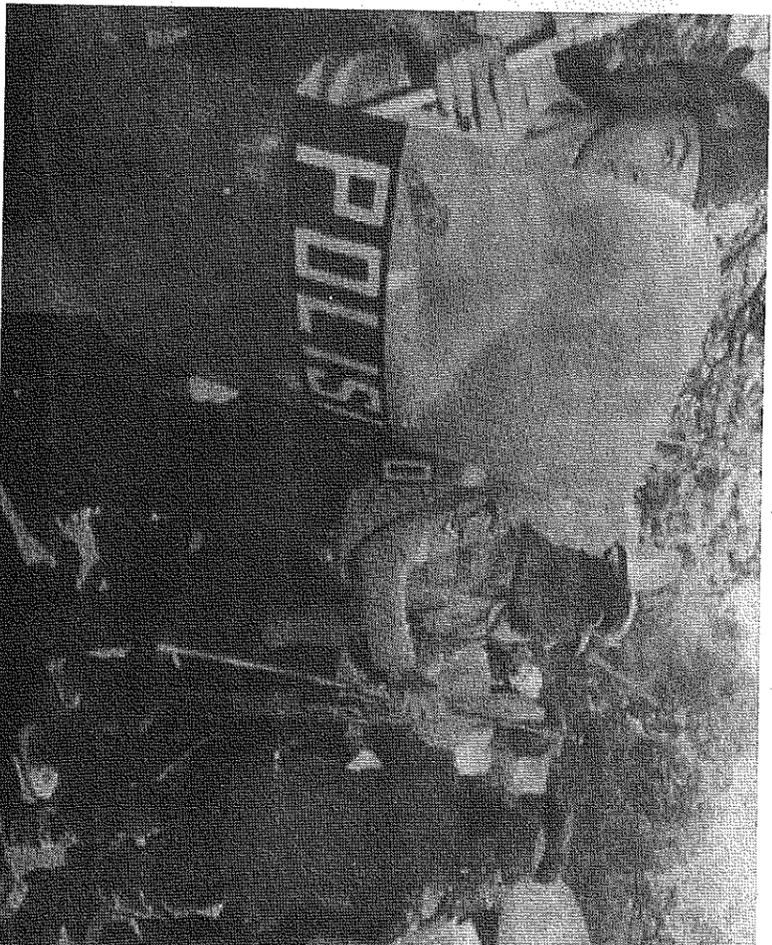
Ihre Aktivisten sind teilweise „verschunden“ bzw. im Gefängnis, wie z. B. Dita Sari, die mit der PRD-Gewerkschaft, der PPBI, Massendemonstrationen von TextilarbeiterInnen organisiert hat. Aber im Untergrund arbeiten die Aktivisten der PRD gemeinsam mit den StudentInnen und den ArbeiterInnen weiter – nicht nur für ein Auswecheln des Machthabers, sondern für eine andere, eine bessere Gesellschaft.

Seit Monaten finden an fast allen Universitäten indonesiens Kundgebungen und Demonstrationen statt. Hatte die Bewegung als Protest gegen die verheerenden sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise begonnen, so wurde sie rasch zu einer politischen Bewegung, die letztlich nichts weniger als den Rücktritt von Suharto, „Reformasi“ aber auch „Revolution“ fordert.

Nach der StudentInnenbewegung der 70er Jahre war die politische Betätigung der StudentInnen innerhalb der Universität verboten worden. Nun wurde dieses Gesetz geändert. Demonstrationen dürfen aber nur auf dem Campus stattfinden, um die Bewegung zu isolieren in der Hoffnung, daß sie einschläft.

Wenn die Studierenden versuchen, den Campus zu verlassen, kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Mehrere Studierende wurde getötet, hunderte verletzt, dutzende sind „verschunden“.

An vielen Universitäten haben sich unabhängige Strukturen entwickelt, häufig „Komitee“ genannt, in denen die kämpferlichsten und aktivsten StudentInnen organisiert sind. In ihren Hauptquartieren, dem sogenannten „Posko“ sitzen sie tage- und nachtslang zusammen und diskutieren über Strategie und Taktik der Bewegung und darüber, was nach Suharto kommen soll. Sie wollen wissen, was die Ursachen für die wirtschaftliche Krise ist, sind erstaunlich gut informiert über die Bewegungen in Europa. Sie gehen ein



Brutale Einsätze des Militärs und vor allem der Polizei gegen protestierende Studenten und Arbeiter. Hunderte Tote und Verletzte sind die Folge.

„Rot ist die Farbe des Blutes“

großes persönliches Risiko ein, wenn sie über ein Thema sprechen, das nach wie vor streng verboten ist: über Sozialismus.

Die StudentInnen des Komitees an der philosophischen Fakultät in Yogyakarta marschieren auf den Demonstrationen mit roten Stirnbändern. Einer erklärte mir: „Während des Hungerstreiks im Februar hatten wir weiße Stirnbänder. Weiß für Reinheit. Wir wollten zeigen, daß wir ganz normale Menschen sind, und daß uns diese Regierung zu solchen Schritten zwingt. Aber dann haben wir das geändert. Nun tragen wir rote Stirnbänder – rot ist die Farbe des Blutes. Denn nun leisten wir Widerstand!“

Die StudentInnen sind sich aber der Beschränktheit ihrer Möglichkeiten bewußt und versuchen, die Bewegung auszuweiten. Sie fahren zwischen den Universitäten hin und her und bauen ein Netzwerk auf. „Workers Organiser“ sind überall aktiv – StudentInnen, die zu den ArbeiterInnen gehen und versuchen, sie zu organisieren. Die unabhängigen Gewerkschaften wurden verboten und verfolgt. Die StudentInnen versuchen, aus dem Campus herauszukommen bzw. andere Bevölkerungsschichten zu ihren Demonstrationen auf dem Campus zu mobilisieren. Am 1. Mai gab es Treffen zwischen StudentInnen und ArbeiterInnen in den Universitäten. Der Sturz Suhartos wirft nun neue Fragen über die Richtung der gesellschaftlichen Veränderung auf.

Wie die australischen Dockarbeiter gewonnen haben

Man muß sich nicht den Drohungen der Unternehmer beugen, Lohnverzicht und Entlassungen akzeptieren. Arbeiter können zurückschlagen und gewinnen. Das zeigt der großartige Streik der australischen Hafnarbeiter.

Steve Jolly, Melbourne, Australien

Der Arbeitgeber, Patrick, hatte einen offensichtlichen Versuch unternommen, die Gewerkschaft zu zerschlagen. Patrick hatte heimlich den Status seiner 1400 Beschäftigten verändert. Die Beschäftigten wurden von Patrick auf vier Leiharbeitsfirmen aufgeteilt. Die Bosse nahmen diesen Leiharbeitsfirmen dann sämtliche finanziellen Mittel und behaupteten, sie wären bankrott und müßten alle Arbeiter entlassen.

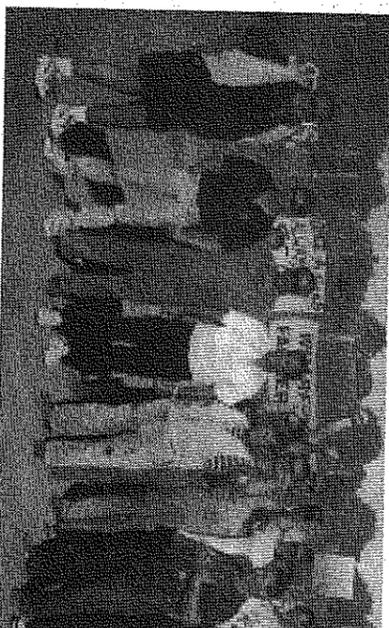
Trotz der Gesetzesveränderungen im Unternehmerinteresse durch die neue Regierung ist so etwas noch immer illegal. Aber hätten die Streikenden nicht durchgehalten, hätten die Gerichte schon einen Grund gefunden, um für das Unternehmen zu entscheiden.

Den ganzen Streik hindurch hatte es Barrikaden gegeben. Der Polizei war es nicht gelungen, einen der Massenstreikposten zu durchbrechen. Aber der Wendepunkt waren die Ereignisse im größten Hafen in Melbourne am 18. April, 3000 Ar-

beiter waren schon als Streikposten aufgezogen, standen der Polizei gegenüber. Dann kamen zusätzlich 1500 Arbeiter und umzingelten die Polizei. Diese gab auf. Sie mußte verhandeln, um einen friedlichen Abzug durch die Streikpostenkette hindurch zu erreichen. Ohne den Erfolg der Streikposten hätten die Gerichte sicher im Interesse der Bosse entschieden.

Die Solidarität und der Durchhaltewillen der Arbeiter zwang die Gerichte, gegen Patrick zu entscheiden. Nach Verhandlungen zwischen der Regierung des Bundesstaates, der See- und Hafengewerkschaft MUA und den Verantwortlichen der vier Leiharbeitsfirmen hatte die Gewerkschaft gewonnen. Alle 1400 konnten zurück an den Arbeitsplatz, Streikbrecherarbeit wurde nicht erlaubt, die starke Gewerkschaftsorganisation blieb intakt. Dieser Sieg könnte sich als der wichtigste der letzten Jahre für die Arbeiterklasse in einem entwickelten kapitalistischen Land erweisen.

Menschen aus der Arbeiterklasse halten den Hafnarbeiterklasse bis es 30.000 – insgesamt bis zu 100.000 – die sich an einer Telefonkette für die Streikpostenkette in Melbourne beteiligten. Der Generalstreik im Bundesstaat Victoria am 6. Mai – nach dem Erfolg der Dockarbeiter – fand trotzdem statt, nahm aber mehr den Charakter



Gegenwehr zahlt sich aus. 1400 Hafnarbeiter konnten ihre Jobs verteidigen.

eines allgemeinen Protestes gegen die Arbeitsgesetzgebung an. Obwohl die Arbeitsplätze zurückgewonnen wurden, meinen die Linke und einige Hafnarbeiter, daß nur ein 70prozentiger Sieg erreicht wurde. Aufgrund des derzeitigen Kräfteverhältnisses wäre jedoch ein voller Sieg möglich gewesen!

Die Landesregierung sicherte zu, Arbeitsplatzabbau in den Häfen finanziell abzufedern. Sie werden mittelfristig versuchen, die Hafnarbeiter zu überrunden, ihre Arbeitsplätze zu verkaufen. Es wird auch Versuche geben, die Arbeit zu intensivieren. Die Anti-Gewerkschaftsgesetze gibt es weiterhin, und sie werden gegen andere Belegschaften angewendet werden. Die Gewerkschafter müssen wachsam bleiben.

Die herrschende Klasse mußte einschauen, daß sie mehr abgeben hätte als sie kauen konnte. Die Labour Party liegt in den Umfragen bundesweit und im wichtigen Staat Victoria schon vor den Liberalen. Es steht so aus, als ob Labour die nächste Parlamentswahl gewinnt. Eine ähnliche Entwicklung gab es in Frankreich nach dem Streikwinter 1995-96. Aber ähnlich wie für Jospin wird das Regieren für Labour keine angenehme Aufgabe werden. Die Arbeiterklasse ist in kämpferischer Stimmung, und der Streik der Hafnarbeiter hat eine ganze Reihe von Kämpfen angestoßen.



In den Schaufenstern wird offen Unterstützung für die bürgerliche Oppositionspolitikerin Megawati demonstriert: die Menschen haben ihre Angst vor dem Regime verloren.

Konservative

Sozialdemokratie

Jospin und Blair setzen rechte Politik fort

Als im letzten Jahr in Großbritannien und Frankreich die konservativen Regierungen abgelöst wurden, setzten viele Menschen Hoffnungen in Tony Blair und Lionel Jospin. Ein Jahr nach den Regierungswechseln und wenigen Monaten vor dem wahrscheinlichen SPD-Wahlsieg ist es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Denn die Entwicklungen in Paris und London sind mehr als nur eine Vorahnung auf das, was uns unter Schröder erwartet.

Sascha Stanicic

Tony Blair und Lionel Jospin haben unter Beweis gestellt, daß sich Sozialdemokratische Politik, unter Bedingungen verschärfter kapitalistischer Krise, so gut wie gar nicht von konservativer Politik unterscheidet. Letztlich haben sie beide den Kurs ihrer Vorgänger fortgesetzt. Politik im Interesse der Kapitalbesitzer und auf Kosten von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen, RentnerInnen, InniganglänInnen, Frauen.

Alter Wein ...

Tony Blair wurde mit einem erduntschartigen Sieg am 1. Mai 1997 zum Premierminister gewählt. Mittlerweile haben protestierende britische ArbeitnehmerInnen "Premierminister in, Tony Blair" umgetauft. Die neue Regierung hat erst einmal mit dem von den Konservativen aufgestellten Haushalt, inklusive aller Sozialkürzungen, weitergearbeitet. Die unter Thatcher verabschiedeten repressiven Anti-Gewerkschaftsgesetze wurden nicht angestastet.

In den letzten Monaten tat sich die Labour-Regierung dann mit weiteren Kürzungen im Sozial- und Bildungswesen hervor. Während Blair noch im Wahlkampf sagte, seine Politik habe drei Prioritäten: „Bildung, Bildung, Bildung“ fing er umgehand mit Bildungskürzungen an. So werden die staatlichen Beihilfen für Studierende gestrichen und Studiengebühren eingeführt. Ergebnis ist, daß schon im November 1997 16 Prozent weniger SchulausganglerInnen die Universitäten besuchen können. Als nächstes wurden bei Allein-erzielenden und Behinderten Sozialleistungen gekürzt. Unter dem Eindruck von Protesten sieht der neue Labour-Haushalt jetzt zwar einige Schein-Reformen vor, die aber nicht zu einer Verbesserung für die Masse der Alleinerziehenden führen werden.

... in neuen Schläuchen

Die sogenannten Linkstregerung unter Lionel Jospin umfaßt die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei, die Grünen und die Bürgerbewegung von Jean-Pierre Chevènement.

Aber auch hier ist keine Politik im Interesse der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung zu erkennen. So stimmte die Regierung der Schließung des Renault-Werkes in Vitvoorde zu, unterzeichnete den Europäischen Stabilitäts пакт und unterstützt den EURO, privatisierte die Telekom und Air France und hat den Sozialkürzungsplan der Juppé-Regierung fortgesetzt.

Gegen streikende LKW-Fahrer wurden genauso Sondermaßnahmen der Polizei eingesetzt, wie gegen protestierende Arbeitslose. Die rassistischen Gesetze des

konservativen Innenministers Debré wurden nicht abgeschafft und Abschiebungen finden weiterhin statt. Das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche, was von vielen ArbeitInnen in ganz Europa anfänglich als eine wirkliche Verbesserung begrüßt aufgenommen wurde, enthält keine Bestimmung über Lohnausgleich mehr und wird für Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen benutzt. Die Umsetzung des Gesetzes soll auf betrieblicher Ebene ausgehandelt werden. Dies wird von den Unternehmen zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten und zur Senkung der Löhne genutzt werden und den Trend zum Bruch von allgemeingültigen Tarifverträgen verstärken. Mittlerweile haben auch Arbeitgebervertreter erkannt, daß ihnen das Gesetz Möglichkeiten bietet und ihre Opposition wird immer leiser. Außerdem werden der öffentliche Dienst und Betriebe unter zwanzig Beschäftigten (ein Drittel aller Beschäftigten aus

dem Privatsektor) vom Gesetz nicht betroffen.

Von Reformen zu Konterreformen

Die Beispiele der neuen Regierungen in Großbritannien und Frankreich zeigen deutlich, daß der Spielraum für klassische sozialdemokratische Reformpolitik nicht mehr besteht. Die sozialdemokratischen Parteien verwenden sich international von ehemaligen Arbeiterparteien in „normale“ kapitalistische Parteien. Sie stehen voll und ganz auf dem Boden der Marktwirtschaft und sehen sich deshalb der Profitlogik des Systems und den Unternehmerinteressen verpflichtet.

Die einzig mögliche Schlüsselfolge: Kein Vertrauen in Jospin, Blair oder Schröder! Kampf gegen sozialdemokratische Kürzungspolitik vom ersten Tag an! Neue Arbeiterparteien aufbauen!



Kommunalwahlen in England

Mitglieder der Socialist Party protestieren gegen die Antik-Gewerkschaftsgesetze. Dave Nellist (Mitte) ist frischgewählter Stadtrat in Coventry. Eine extrem niedrige Wahlbeteiligung von unter 30 Prozent bei den englischen Kommunalwahlen Anfang Mai drückt aus, daß sich Enttäuschung mit der Blair-Regierung breit macht. Landesweit erreichte Labour 39 Prozent. Die Konservativen 33 Prozent und die Liberalen 23 Prozent. Der Liverpooler Stadtrat, der noch in den 80er Jahren eine radikale, sozialistische Labour-Mehrheit hatte, ging an die Liberalen.

Die Sozialistische Partei, die Schwesterpartei der SAV in England, wurde in 48 Wahlkreisen kandidierten auf. In Coventry wurde der frühere Parlamentsabgeordnete und SP-Kandidat Dave Nellist mit 52,7 Prozent in den Stadtrat gewählt. In Lewisham erzielte die SP 38 Prozent. In neun weiteren Wahlkreisen erzielte sie über zehn Prozent, in 19 weiteren über fünf Prozent.

Türkei: Erfolgreiche Streiks der Beamten

Nach einer großen Streikwelle war die Regierung gezwungen, den Entwurf eines Gewerkschaftsgesetzes für den öffentlichen Dienst zurückzuziehen. Darin sollte festgeschrieben werden, daß die 1 Million Staatsbeschäftigten auch weiterhin keine demokratischen Rechte haben.

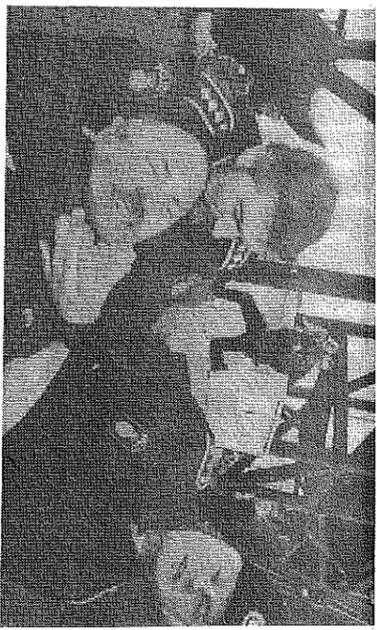
L. A., Izmir, Türkei

Die Regierung „vergaß“, daß die Hauptaufgabe der Gewerkschaften die Fähigkeit zum Streiken ist, um Tarifverträge und gute Löhne durchzusetzen. Aber das KESK (Gewerkschaftsunion der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes) nicht vergessen. Im Februar und März fanden fast täglich Demonstrationen für ein demokratisches Gewerk-

schaftsgesetz statt. Ein oder zwei Tage in der Woche streikten die Beschäftigten in Istanbul, Ankara, Izmir und anderen großen Städten. Schwerpunkte der Streikaktionen waren Krankenhäuser, Schulen und Gerichte sowie das Verkehrswesen.

Auf einer Demonstration auf dem Kizilay-Platz am 4. März in Ankara Stadzentrum hat die Polizei Gasgranaten in die Menge geworfen, den auf den Boden sitzenden Demonstranten Gas ins Gesicht gesprüht und von oben mit Knüppeln in die Menge geschlagen. 23 Gewerkschaften wurden verletzt.

Die Regierung versuchte, die Streikenden einzuschüchtern. Gegen die Gewerkschaften wurde wegen ungesetzlicher Streiks eine Untersuchung gestartet. An den Arbeitsplätzen wird gegen



Trotz Polizeieinsatz blockieren Streikposten erfolgreich den Fährverkehr im dänischen Aarhus.

11 Tage Streik in Dänemark

Arbeiter erkämpften mehr Urlaub und Freizeit

In den 90er Jahren haben die Beschäftigten europaweit bei jeder Tarifruhe draubehitsstreß enorm gestiegen. Und die Unternehmer werden immer frecher. Die Gewerkschaftsbasis in Dänemark hat den Spiel umgedreht. 11 Tage lang streikten 500.000 Arbeitnehmer, wobei ein Teil von ihnen ausgesperrt wurde. Im Verhältnis zur Bevölkerung entspräche das 8 Millionen Streikenden in Deutschland.

Per Olsson, Korrespondent des CWI/KAI

Wenn es nach der Gewerkschaftsführung gegangen wäre, hätte es diesen Massenstreik nicht gegeben. Sie war bereit, einen miserablen Schlichterspruch anzunehmen, der nur einen freien Heiligabend bedeutet hätte, den die meisten Beschäftigten sowieso frei haben. Aber zum ersten mal seit 1961 lehnte eine Mehrheit von 56 Prozent das Schlichtungsergebnis ab und forderte einen Streik zur Durchsetzung der Forderung nach einer Woche mehr Urlaub und zusätzlichen Verfügungsgagen für Beschäftigte mit Kindern.

Die Streikenden bewiesen eine ungeheure Kampfbereitschaft. Zu keinem Zeitpunkt bröckelte der Streik. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst solidarisierten sich mit ihren Kollegen der Privatwirtschaft. Teilweise übten sie auf ihre Gewerkschaftsführung Druck aus, in Solidaritätsstreik zu treten.

Die überwältigende Unterstützung für die Streikenden wurde deutlich bei der zentralen 1. Mai-Demo des dänischen Gewerkschaftsdachverbands, bei der 100.000 Teilnehmer (in Deutschland entspräche das 1,6 Millionen) waren. Ein Demonstrant sagte: „Es ist gut, daß wir

Aktivisten ermittel.

In der Bevölkerung gab es viel Verständnis für die Streikenden. Die Leute sagen, daß die Beamten sehr wenig Geld bekommen und daher alle Maßnahmen erlaucht sind. Beamte verdienen zwischen 300 und 400 DM im Monat. Das reicht überhaupt nicht. Viele Beamte haben deswegen einen zweiten Job. Sie verkaufen auf den Straßen Fahrkarten, Strümpfe oder Popcorn.

VORAN sprach mit Basyürk Altın, Mitglied im KESK-Generalkomitee und Sekretär der Lehrgewerkschaft Eglitim-Sen.

Das Gesetz ist zurückgezogen worden. Ist das ein ganzer Sieg?

Der Gesetzentwurf wird jetzt nur noch von zwei Parteien un-

Gewerkschaften im Iran

Die Unabhängige Gewerkschaft des Iran kämpft um die offizielle Anerkennung durch den neuen iranischen Präsidenten Khatami und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Wir bitten alle SAV-Gruppen, GewerkschaftlerInnen und Gewerkschaftsmitglieder, Briefe mit folgenden Forderungen zu verfassen: 1. Offizielle Anerkennung der UGI und die Bekanntheit ihrer Existenz durch die großen Zeitungen im Iran. 2. Die bedingungslose Freilassung von den inhaftierten Arbeiteraktivisten im Iran. 3. Streik- und Protestrecht für iranische Arbeiter, als Mittel ihre Forderungen zu erreichen. 4. Die Garantie durch die Internationale Arbeitsorganisation für die körperliche Sicherheit des UGI-Vertraters und seine Einladung zur nächsten Konferenz der ILO, um die iranischen Arbeiter anstelle des Vertreters des iranischen Regimes zu repräsentieren. Bitte schicken die Schreiben an die Redaktion VORAN. Wir leisten sie weiter.

FPÖ-Krise

Krisengeschüttelt ist die rechtsextreme FPÖ von Jörg Haider. Der verkehrspolitische Sprecher der angeblichen Saubermann-Partei, Rosenstingl, wird von der Wirtschaftspolizei gesucht und hat sich mit 6 Millionen Mark ergamerten Geldern ins Ausland abgesetzt. Im Land Salzburg ließ Haider 700 Parteilunktionäre zeitweilig absetzen. Die Gründung einer eigenen Gewerkschaft am 1. Mai wurde zum Flop: die „Gewerkschaft“ ist nicht tariffähig, weil ihr fast nur Polizeibeamte beitraten.

Nicaragua

Einen monatelangen Arbeitskampf führte die Ärzteschaft Nicaraguas im Frühsommer durch. Bei Demos kam es zu Straßenschlachten zwischen den Medizinern und der Polizei. Die Ärzte verdienen umgerechnet 150 DM monatlich und verlangen eine 200prozentige Lohnerhöhung sowie einen Stufenplan für weitere Gehaltsanhebungen. Die rechte Regierung unter Arnoldo Alemame setzte als Streikbrecher ehemalige Mediziner aus der Verwaltung ein, die schon lange nicht mehr operiert hatten, so daß sich die Todesfälle in den Krankenhäusern häuften.

tägigen zu führen. Wie steht ihr zu den politischen Verhältnissen in der Türkei und zum Krieg in Kurdistan?

Wir wenden uns gegen die Unterdrückung und gegen den Krieg. Wir sind gegen alle bisherigen Regierungen. Unsere Mitglieder wurden von diesen Regierungen unterdrückt. Gegen 100.000 KESK-Mitglieder sind in den Betrieben Disziplinarverfahren gelaufen, 2000 wurden strafversetzt, 500 stehen vor Gericht. Wir sind eine politische Gewerkschaft. Wir arbeiten mit den linken Parteien EMEP (Partei der Arbeit), ÖDP (Freiheits- und Solidaritätspartei) und der kurdischen HADEP (Demokratische Partei des Volkes) zusammen.



Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen, Unternehmer und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schrecken vor konsequenter Gegenwehr zurück: Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“. Deshalb wurde 1994 die **SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV)** von GewerkschafterInnen, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung **VORAN** gegründet.

Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen. Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer

Wofür wir kämpfen

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neuenstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege, Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Windestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmen und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, Jung und alt.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“, zusammengeschlossen. Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international.

Sozialismus

All das hat System und das System heißt Kapitalismus. Dabei würde bei planmäßigen und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten
- ★ Abrüstung jetzt!
- ★ Gegen Auslandsentsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmen und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum ich bei der SAV mitmache!

Nicole Kurth, 20jährige Schülerin aus Köln



Werde aktiv mit der SAV!

Ich fing schon als Kind an, mich für Politik und das Geschehen in der Welt zu interessieren. Allerdings fehlte mir lange Zeit das Wissen, um die Ereignisse zu verstehen und mir eine eigene Meinung bilden zu können. Ich verstand nie, warum der größte Teil der Weltbevölkerung in Armut lebt und täglich hungern muß, und warum sogar in Deutschland ein großer Teil arm ist und unter dem Existenzminimum lebt, obwohl es eines der reichsten Länder der Welt ist.

Heute ist mir klar, daß diese Ungerechtigkeiten einen Namen haben, und zwar Kapitalismus. Und dagegen probiere ich zu kämpfen. Zwar sind es meist nur kleine Sachen, die ich tun kann: wie zum Beispiel an Demos teilnehmen, versuchen, Leute dahin zu mobilisieren, meine Meinung zu äußern, mit anderen darüber zu diskutieren.

Aber wenn jeder anfangen würde, sich zu wehren und sich zu organisieren, könnte unsere Welt anders aussehen. Es gibt im Bundestag keine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre verdienen soich ein Spitzengehalt, daß sie an der Realität vorbei leben. Außerdem sind sie von den Konzernen und Unternehmen ab-

Spendenfonds

Ohne Moos nix los!

Findest Du gut, was die SAV macht? Dann solltest Du uns mit einer regelmäßigen Spende unterstützen. Im Wahlkampf geben wir verschiedene Informationsmaterialien heraus, wie zum Beispiel ein Plakat gegen Ausländerhetze und Neonazis. Wie viele Leute wir damit erreichen können, wie gut wir sozialistische Ideen verbreiten können, hängt letztendlich davon ab, wieviel Geld wir haben.

Deshalb ist es wichtig, daß auch Du uns mit einer Spende unterstützt. Am besten regelmäßig, damit wir besser planen können. Wir fördern auch alle Mitglieder auf: Fragt Eure FreundInnen, KollegInnen, Be-

Kannte, Eltern nach einer regelmäßigen Spende für die SAV. Am besten noch heute die Einzugsermächtigung ausfüllen und abschicken an SAV, Hansaring 4, 50670 Köln. (Sie kann jederzeit formlos widerrufen werden.) Ja, ich möchte die Sozialistische Alternative unterstützen.

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über:

DM 0 einmalig 0 monatlich 0 vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift
Kontobank, BIZ
Ort, Datum, Unterschrift

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

Berlin

OG Trepion-Köpenick: Mittwoch 19 Uhr, Ate Feuerwache, Grünauer-Str. 9, Nähe S-Bahnhof Schönneweide
OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jahnstr. 18a, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel.: (030) 4408429 im SAV-Büro

Stuttgart

OG Mitte: Mittwoch 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
OG Süd-West: Mittwoch 19.30 Uhr, Jugendhaus Heschlag (Böblingen Str. 92)
Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro

Aachen

OG Ost: Montags, 19.30 Uhr, SEDAN-Bek, Adalbertsteinweg

zehn Ausgaben zu 25,- DM

zusätzlich **Exemplare zum Weiterverkauf** (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name, Adresse, Telefon

233

OG Nord: Mittwoch 19.30 Uhr, Che-Haus, Pottstr. 41
OG West: Mittwoch 19 Uhr, Café WABE, Umwelta- u. Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro

Frankfurt/Main

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Bremerhaven

Montags 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Haseder Ost-ende 230.
Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04

Köln

Donnerstags, 19.30 Uhr, Natur-Freundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der

OG West: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlaehof, Mombacherstr. 12
Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro

Rostock

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro

Siegen

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Dresden

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Hamburg

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Sonstige

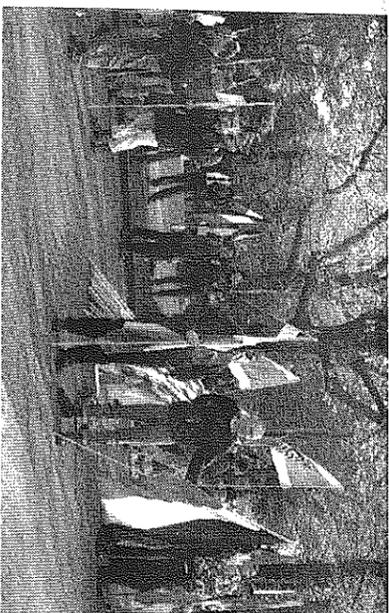
Saarbrücken: (0681) 815567
Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504: Darmstadt, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Recklinghausen

VORAN

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung - Erschient seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteur: Angela Banker
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Redaktionsanschrift: Voran, Hansring 4, 50670 Köln
Telefon: 02 21/13 45 04 oder 13 46 04, Fax: 02 21/13 72 80
e-mail: SAVBUND@AOL.com
Bahnverbindung: Postbank, Essen (BLZ 360 100 43), Konto: 2500 59-430

Abonniert VORAN!



Nazi-Wahlkampf Verhindern!

Am 9. Mai haben in Bothang, einem Stuttgarter Vorort, die „Jungen Nationaldemokraten (JN)“ versucht, einen Infofisch zu machen. Durch eine Presseerklärung haben wir davon erfahren und sind mit anderen linken Gruppen und Anwohnerinnen hin, um deutlich zu machen, daß wir die JN nicht ungestört Wahlkampf betreiben lassen. Wir waren insgesamt ungefähr 50 Leute. Mehrere Versuche der JN, Reden zu halten, wurden von uns übertönt.

Als einer der Demonstranten sich Material vom Infofisch holen wollte, wurde er von den Faschisten angegriffen. Bei der anschließenden Rangelei ging der JN-Tisch zu Bruch. Nachdem von den angekündigten 3 Stunden nicht mal die Hälfte vorüber waren, packten die Nazis ihre Sachen zusammen und ließen sich – unter dem Vorwand, die Gegendemonstranten könnten ihre Autos beschädigen – von der Polizei abtransportieren.

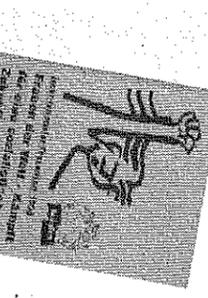
Auch in nächster Zeit werden rechtsextremistische Wahlkampfkampagnen allenfalls kurzfristig bekannt werden. Deshalb haben wir beschlossen, mit linken Organisationen, Gewerkschaften und Antifaschistinnen eine Telefonkette einzurichten, damit wir auch in Zukunft in der Lage sind, Nazis am Wahlkampf zu hindern.

Anne Schnatterer, Stuttgart

Neuerscheinungen



Vertrieben für 3 weitere Übersetzungen
erschaffen von, sprachlich überarbeitet
und inhaltlich überarbeitet
Komitee für eine Arbeiterinternationale



Freiheit für Kurdistan – für Arbeitereinheit und Sozialismus

Diese Broschüre vom Komitee für eine Arbeiterinternationale liegt jetzt in deutscher Übersetzung vor. Die SAV tritt für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, für die Einheit der kurdischen und türkischen ArbeiterInnen und gegen jede Unterdrückung der KurdInnen in Deutschland ein.

16 Seiten DIN A 4,
2,50 DM.

**Wahlkampf-T-Shirt
In den Größen L und
XL, 15 DM,
schwarzer Druck auf
weißem T-Shirt.**

Frauen der Welt – kämpft für eine sozialistische Zukunft

Erklärung des Komitees für eine Arbeiterinternationale zum Internationalen Frauentag 1998.

16 Seiten, A5, 1,50 DM

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für den Aufbau einer Arbeiter-Internationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E9 5OX, GB
Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk



Kandidatur der SAV in Aachen: Jetzt geht's los!

Der Wahlkampf hat begonnen. Die bürgerlichen Politiker aller etablierten Parteien tragen ihre scheinbar großen, in der Realität jedoch kaum vorhandenen Meinungsverschiedenheiten via Massenmedien aus.

Aber auch die SAV bereitet sich darauf vor, die sozialistische Alternative im Bundestagswahlkampf offensiv anzubieten.

Daniel Behruzi, Aachen

In Aachen haben wir die Kandidatur der SAV-Vorsitzenden Mirjam Alberti zum Direktmandat für den Bundestag angekündigt. Mirjam Alberti ist Auszubildende im Buchhandel und Gewerkschaftsmitglied. Sie hat sich verpflichtet als Bundestagsabgeordnete von einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn zu leben und den Rest der Diäten an die Arbeiterbewegung abzuführen.

Die Kandidatur hat schon jetzt hohe Wellen in der Öffentlichkeit geschlagen. Beide Aachener Lokzeitungen haben über unsere Kandidatur berichtet. In Betrieben und Schulen wird über die SAV diskutiert, vor dem Arbeitsamt und auf der Straße erhalten wir fast durchweg positive Resonanz. Auf der Matkungebung der Gewerkschaften konnten wir 25 Unterschriftensammlungen für unsere Kandidatur sammeln. Die meisten Leute haben die Nase voll von den etablierten Parteien. Wenige glauben, daß ihnen eine Schröder-Regierung grundlegende Verbesserungen bringen wird.

Trotzdem werden viele Arbeiter ihr Kreuz bei der SPD machen, um Kohl endlich loszuwerden. Aber selbst viele SPD-Wähler können in Gesprächen auf der Straße nachvollziehen, daß wir eine neue Arbeiterpartei aufbauen wollen, weil die SPD da weitermachen wird, wo Kohl aufhört.

Wir wollen den Leuten klarmachen: Wählen alleine genügt nicht. Du mußt selbst aktiv werden und uns beim Aufbau einer neuen Arbeiterpartei unterstützen. Viele sind dazu bereit und sammeln Unterschriftenschriften für unsere Kandidatur. Einige haben sich schon bereit erklärt, uns beim Wahlkampf zu helfen.

Arbeitende SAV-Mitglieder haben eine Initiative „Gewerkschafter für eine Arbeiterkandidatur“ gestartet, der sich auch schon einige bekannte Gewerkschaftsaktivisten angeschlossen haben, so zum Beispiel der Personalratsvorsitzende des Studentenwerks und Gegenkandidat von Herbert Mai zum ÖTV-Vorsitz, Manfred Engelhardt.

Auch im Jugendbereich wollen wir eine ähnliche Initiative starten. Damit dokumentieren wir unseren Anspruch, eine neue Partei von ArbeiterInnen und Jugendlichen aufzubauen.

Unser wichtigstes Ziel im Wahlkampf sind aber nicht möglichst viele Stimmen, sondern möglichst viele neue Mitglieder für die SAV zu gewinnen. Der Aachener Stadtverband der SAV hat sich zum Ziel gesetzt



Die landesweite und internationale Solidaritäts-Kampagne hat nach Monaten ihr Ziel erreicht: Aynur Kurmanow ist frei.

Kasachstan: Aynur Kurmanows Rede vor Gericht

mehr erkläre ich diesen kriminellen Prozeß für eine Provokation. Weder ich noch meine Genossen, die hier mit mir stehen, sind schuldig.

(...) Dieser Prozess ist nicht nur der Prozeß von Aynur Kurmanow, Sergei Kolokolow und Vasilii Nikolajew. Es ist ein Prozeß, der die Henchelen und die Lüggen der kasachischen Behörden für alle sichtbar gemacht hat. Er hat den totalitären und repressiven Charakter des derzeitigen Regimes gezeigt.

Ich habe fünf Monate im Untersuchungsgefängnis Nummer vier verbracht. Ich habe mich genau umgesehen, ich sah mit meinen eigenen Augen welche Menschen dort eingekerkert wurden. (...) Es sind viele Menschen dort – weil sie zwei Gläser Essigzucker gestohlen haben, einen Sack Mehl, einen Sack Kartoffeln, ein Glas Marmelade. Im Untersuchungsgefängnis 4 sind schwangere Frauen, Säuglinge, 12- und 13-jährige, Invalide.

Ich bin sicher, daß Vertreter der Sicherheitspolizei im Saal sind. Sie verstecken sich hinter dem Rücken anderer ohne ihre Anwesenheit bekanntzugeben. Aber ich würde ihnen gerne ins Gesicht schauen.

Sie werden niemals die Tränen der Mütter verstehen, die darum kämpfen, ihre Kinder zu ernähren. Sie werden nicht verstehen, was ein Kind fühlt, das dazu gezwungen ist, in dunklen Hauszimmern und Geschäften zu betteln oder in Müllweimern nach Lebensmitteln zu suchen.

Ich habe all das selber gesehen. Ich selber bin vor Hunger und Anspannung an meiner Drehbank ohnmächtig geworden, nachdem ich zehn bis zwölf Monate keinen

durch die Kandidatur 15 neue Mitglieder zu gewinnen. Der Anfang ist gemacht: seit Bekanntmachung der Kandidatur sind drei neue Mitglieder gewonnen worden.

Mirjam Alberti kandidiert bei der Bundestagswahl für die SAV im Wahlkreis Aachen-Stadt.



Lohn erhalten hatte. Sie haben meine Genossen und mich nur aus einem Grund vor Gericht gestellt – wir haben keine Angst. Wir werden uns niemals davor fürchten unsere Stimmen im Protest zu erheben, die Wahrheit zu sagen, andere Leute einzubeziehen. Wir werden nicht wie Mäuse schweigen, die sich in ihren Löchern verstecken, wir werden den Kampf fortsetzen.

Ich glaube, daß die Jugend zu uns kommen wird. Unsere politischen Parteien formieren sich. Es werden sich neue Aktivisten entwickeln, egal ob wir frei kommen oder nicht. Ich bin bereit, mein Urteil zu akzeptieren, denn ich weiß, daß ich meine politischen Aktivitäten fortsetzen werde, egal in welchem Gefängnis oder Lager ich festgehalten werde.

Ich möchte zu all meinen jüngeren Genossen sagen, daß sie sich besser gegen das bestehende Regime organisieren sollten.

Dieses Regime wird nicht ewig halten. Wir werden schon bald seinen beschämenden Zusammenbruch sehen können. Wir werden nicht lange warten müssen. Die Veränderungen, die Naserbajew jetzt durchsetzt, werden in der Zukunft zu sozialen Explosionen führen.

Man kann hier nur über eine Revolution sprechen. Sie wird kommen, es ist unvermeidlich. (...) Mein Leben gehört den tausenden, zehntausenden benachteiligten Menschen, den Besitzlosen und den Hungernden – nicht den fetten Generalen, die sich neue Orden während dieses dummen, konstruierten Prozesses verdient haben.“

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 198 Juni/Juli 1998

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM



Wir brauchen Arbeitsplätze - KEINEN NAZIS!



Am 1. Mai marschierten in Leipzig 4000 Neonazis, von der Polizei beschützt.

Die faschistischen Parteien wie DVU oder NPD greifen die Themen auf, die die Masse der Bevölkerung direkt betreffen. Massenarbeitslosigkeit, Armut, soziale Ängste. Vor allem die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten verbindet dies mit einer antikapitalistischen Rhetorik.

Heiße Luft und nichts dahinter, sagt dazu **Ingmar, SAV-Mitglied** und aktiver Antifaschist aus Dresden.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ist ein starkes Argument für den Aufbau einer neuen, kämpferischen Arbeiterpartei mit sozialistischer Politik!

Sachsen-Anhalt, SAV-Bundesleitung

Der Erfolg der DVU, die von Null auf 192.086 Stimmen (=12,9 Prozent) kam, ist in erster Linie zurückzuführen auf die Politik von CDU/CSU, FDP und SPD und in zweiter Linie auf die Politik von Grünen und PDS. Nach mehr als zehn Jahren rassistischer, ausländerfeindlicher Propaganda durch die Bonner Koalitionsparteien und die SPD geht nun die Saat auf. DVU-Parolen fordern plakativ das, was die herrschende Politik

Logik von NPD, DVU und allen anderen Rassisten. Daß der Ausländeranteil in Sachsen-Anhalt mit 1,7 Prozent der niedrige aller Bundesländer ist und daß 1971 fast genauso viele Ausländer in Deutschland versicherungspflichtig beschäftigt waren wie heute, interessiert nicht.

Natürlich schreiben sie: „Gegen System und Kapital!“ oder „Wir schaffen Arbeit. Bonn schafft nichts.“ Das klingt radikal. Ist es aber nicht. In ihrem Lehrlingsprogramm schreibt die NPD z.B.: „Klassenkampfdenken kann heute keine Lösung mehr sein. Es gilt, die Betriebsgemeinschaft mit ihrer verwollen persönlichen bildenden Wirkung zu fördern und zugleich den Erfordernissen des harten beruflichen und wirtschaftlichen Wettbewerbs Rechnung zu tragen.“ Was heißt das denn? Wer hat im Betrieb das Sagen? Vorstand und Betriebsleitung (die von niemandem gewählt werden) oder die Arbeiter und Angestellten? Wenn gehören die Maschinen, wer fällt die Entscheidungen? Die Betriebsleitung gibt an, was in der Betriebsgemeinschaft der NPD passiert. Denn das Privateigentum in der Wirtschaft anzugreifen, fällt der NPD nicht im Traum ein. Aber nach Meinung der Faschisten sollen die Lehrlinge sich dem harten Wettbewerb stellen und die Leitung der „Betriebsgemeinschaft“ wohl noch mit Heil-Rufen begriffen. Die Faschisten sind nicht dar-

auf aus, sich wirklich mit dem Kapital anzulegen. Feige scheben sie die Schuld auf Ausländer ab. Sie spalten den notwendigen Kampf gegen die wahren Verantwortlichen für Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit.

Solidarität

Wir brauchen Solidarität untereinander. Um die muß täglich gekämpft werden, beim Kampf um die Interessen von uns hier unten. Zum Beispiel auf dem Bau. Die Folgen der Diskriminierung ausländischer Bauarbeiter sind ja gerade Niedriglöhne und dann eine Erpressung der gesamten Belegschaft. Nur ein gemeinsamer Kampf wird neue Arbeitsplätze und vernünftige Löhne schaffen. Daher muß die Gewerkschaft einen solchen Kampf organisieren und nicht rassistische Razzien auf Baustellen unterstützen.

Rassistismus konsequent zu bekämpfen heißt aber, auch konpromißlosen Widerstand gegen Kürzungen zu leisten und für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen, denn letztlich gibt es „keinen Kapitalismus ohne Rassistismus“ (Malcolm X). Man kann nicht ständig kompromittieren wie die PDS in ihrer Tolerierung einer Landesregierung, die auch Kürzungen beschloß. Auch für Deutschland gilt die Lösung der französischen ArbeiterInnen, Arbeiter und Angestellten beim Streik 1995: „Wir alle zusammen!“ Dafür steht die SAV. ■

Neue Broschüre: Das SAV-Programm zum Kampf gegen Rechts. 24 Seiten, A 4, 3 DM.



Unsere Forderungen

- ★ Einführung eines uneingeschränkten Asylrechts für alle Flüchtlinge
- ★ Keine Abschiebungen, Auflösung der Abschiebekästäte, Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen
- ★ Bekämpfung der Fluchtursachen statt der Flüchtlinge; Schluß mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungsindustrie, Verstaatlichung der Banken und Streichung aller Schulden der Länder der 3. Welt
- ★ Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen
- ★ Bezahlbare Wohnungen für alle.
- ★ Auflösung von Sammelunterkünften, stattdessen menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge
- ★ Kostenlose Sprachkurse für alle Nichtdeutschen
- ★ Weg mit dem Verbot der PKK und der anderen verbotenen kurdischen Organisationen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen ab 16 Jahre
- ★ Verhinderung von faschistischen durch effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, antifaschistische Bewegung, Immigrantinnenorganisationen und linke Parteien
- ★ Keine Plattform für Faschisten in den Medien
- ★ Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen
- ★ Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne
- ★ Für eine linke Opposition gegen EURO und EWU

DVU-Erfolg: Warum?

Zukunftsperspektive haben und die alle anderen Parteien außer der DVU als Regierungsparteien sehen. Und tatsächlich konnte sich die DVU als einzige Oppositionskraft darstellen: CDU und FDP regieren in Bonn, SPD und Grüne regieren in Magdeburg und die PDS hatte nichts besseres zu tun, als diese rot-grüne Koalition zu „tolerieren“ und dabei Sozialkürzungen zuzustimmen.

Das Ergebnis von Sachsen-Anhalt ist eine Warnung vor der Reaktion auf eine rot-grüne Schröder-Regierung, die Kürzungspolitik betreiben wird und die Arbeitslosigkeit nicht abbauen wird: ohne eine starke, kämpferische linke Alternative werden die Faschisten daraus Kapital schlagen können.